



RIDERS ON THE STORM
Politisch? Wild? Legal?
Zum Streik beim Lieferdienst Gorillas
(Seite 3)



KRANKE ZEITEN
Das Wenckebach-Klinikum in
Tempelhof soll geschlossen werden
(Seiten 4/5)



+ 4 Seiten Extra
zur Wahl des
Abgeordneten-
hauses
2021

Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 3/2021



Präventive Konterrevolution

Der Staat gegen die Kommunisten

Von Jakob Renard

Der Missmut über das Urteil war in der Schlagzeile untergebracht: »Umsturz-Partei DKP darf zur Bundestagswahl antreten«. Einem Gossenblatt wie *Bild*, dessen sämtliche Mitteilungen nach Pissrinne riechen, konnte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht gefallen. Hatten die Richter in Karlsruhe ihren Job nicht gemacht? Nach den simplen Maßgaben der Springer-Presse – immer schon der kollektive Stimulator und Regulator des Volkszorns, den in ordnungsgemäße Bahnen zu lenken Hauptaufgabe des antikommunistischen Sturmgeschützes ist – durchaus nicht. Doch die Sache nimmt sich vertrackter aus, als der Presskötter Julian Reichelt glaubt oder glauben machen will.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im vorliegenden Fall über die politische Qualität der DKP gar nicht zu befinden. Das Urteil besagt bloß, dass es dem Bundesausschuss auf der Grundlage bestehender Gesetze nicht anstand, der DKP die Parteieigenschaft abzusprechen und sie demgemäß zu Wahlen nicht zuzulassen. Umgekehrt heißt das aber auch nur, dass die Partei schon bei nächster Gelegenheit – novellierte Gesetze und variierte Rechtsauslegung gepaart mit dem festen politischen Willen – aus dem Verkehr gezogen werden könnte. Illusionen in die Funktion des höchsten deutschen Gerichts, oberster Wächter über den Bestand der bundesrepublikanischen Macht- und Eigentumsordnung, verbieten sich. In einem Klassenstaat die Abwesenheit von Klassenjustiz zu unterstellen, wäre sträflich naiv.

Was die Judikative einstweilen noch gebremst hat, treibt die Exekutive weiter voran. Mehrere Indizien legen nahe, dass dies alles andere als alarmistisches Geklingel ist. Vor rund drei Jahren kursierten Meldungen, wonach das Bundesinnenministerium ernsthaft erwäge, die Solidaritätsorganisation Rote Hilfe zu verbieten, da sie »verfassungsfeindliche Ziele« verfolge. Zur glei-

chen Einschätzung gelangte das Ministerium in diesem Jahr im Falle der Tageszeitung *junge Welt*, der es das Prüfsiegel »gesichert extremistisch« auch in der Absicht verlieh, »die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren, um diesen damit den weiteren Nährboden entziehen zu können«. Die Festlegung, wer Verfassungsfeind ist, lässt sich das Ministerium dabei von einer ihm unterstellten Behörde einflüstern, die seinerzeit dank der selbstlosen Hilfe und der vortrefflichen Expertise etlicher Gestapo-Veteranen aufgebaut werden konnte. Dieser »Verfassungsschutz« hat seither seinen Daseinszweck verlässlich unter Beweis gestellt: die Hege und Pflege faschistischer Organisationen auf der einen, die Gespensterbeschwörung einer Gefahr für die öffentliche Ordnung durch den organisierten »Linksextremismus« auf der anderen Seite.

Doch es geht auch anders. Mit Wissen und Billigung des Finanzministeriums entzogen verschiedene Finanzämter VVN-BdA, Attac und Campact die Gemeinnützigkeit; eine rein bürokratische Maßnahme, die aus steuerrechtlichen Gründen das kalkulierte Aus für diese Vereine hätte bedeuten können. Einen solchen Amtsschimmel erlebte jetzt auch die DKP, da bedurfte es keiner ideologischen Begründung. Die klapprige Konstruktion, zu spät eingereichte Rechenschaftsberichte der Partei seien als nicht eingereicht zu bewerten, weshalb die Parteieigenschaft entfallende und eine Wahlzulassung nicht erfolgen könne, war gleichwohl das Mittel für ein durch und durch politisch motiviertes Manöver. Darauf verweist nicht zuletzt der Umstand, dass der Bundeswahlleiter eine kurz zuvor ergangene »Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestags« kannte, in der die Empfehlung ausgesprochen worden war, die betreffende Regelung im Parteiengesetz wieder zu streichen. Hier sollte noch rasch exekutiert werden, was der Gesetzgeber inzwischen selbst als »problematisch« erkannt hatte. Es spricht für ein schweres Phlegma einiger Linker, diesen Streich als solchen nicht erkannt zu haben und gleichzeitig der DKP Versäumnis vorzuwerfen.

Der bürgerliche Staat bekämpfte immer schon seine Kritiker von links, vor allem jene, es sind gegenwärtig nicht so viele, die an seiner statt gerne eine ganz andere Ordnung sähen. Seit einiger Zeit tut er das wieder in verschärfter Manier. Nicht weil er befürchten müsste, dass Kommunisten seine verbleibenden Tage genüsslich abzählen. Auf eine grundlegende Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse weist derzeit nämlich wenig bis nichts hin. Es geht um etwas anderes. Angesichts einer ausgewachsenen Reproduktions- und Expansionskrise im Zeitalter schrumpfender Rohstoffvorkommen und dramatischer ökologischer Probleme muss das Kapital die stofflichen Grundlagen seines Wirtschaftens reorganisieren. Das erwartbare Knirschen im Räderwerk soll der Staat nach Möglichkeit dämpfen und die fortgesetzte Unterwerfung der Auszubehütenden garantieren. Da hält er eine »Umsturzpartei« besser von vornherein in Schach. Man kann das so nennen: präventive Konterrevolution.

Brumm brumm im Kopf

Berliner Wahlplakate

Wer grinst da pausbäckig vom Laternenmast herab? Frau Dr. ex Franziska Giffey. Was hat sie zu sagen? »Ganz sicher Berlin« prangt auf den Plakaten. Was soll das heißen? So sicher wie die Existenz von Plagiaten in ihrer Qualifikationssudelei, mit denen sie sich ihren akademischen Titel erschlichen hat? Iwo. Die Berliner Spitzenkandidatin der SPD will vermutlich andeuten, das Thema öffentliche Sicherheit liege bei ihr in besonders guten Händen. Heinz Buschkowskys Ziehkind vom rechten Rand der Sozialdemokratie hält Enteignung für Teufelszeug und den Mietendeckel für Sünde. Wohnungsneubau soll »Chefinnensache« werden, was auch bloß bedeutet, dass die Westberliner Baumafia bei der Hauptstadt-SPD weiterhin ein- und ausgehen kann. Ihre bevorzugten Koalitionspartner? CDU und FDP. Was verkünden die so? CDU-Kandidat Kai Wegner will ausweislich der Wahlplakate »zuhören und anpacken«. Sein »Antrieb«? »Berlinliebe«. Warum er sich dieses Bekenntnis von zwei Schornsteinfegern sekundieren lässt, ist dann auch egal. Was will er tun? »Mietern wirklich helfen.« Heißt in Wahrheit: Vermietern noch mehr helfen, damit Parteispenden weiter fließen. Die FDP? Ein in Neonlicht getauchter diabolischer Sebastian Czaja aus der Cyberhölle weiß: »Wer sein Auto braucht, darf jetzt nicht links abbiegen.« Aha. Wer folgerichtig rechts abbiegt, landet zuverlässig auf dem Parkplatz der AfD: »Parken darf kein Luxus werden« und »Ihr Auto würde uns wählen«. Bei so viel brumm brumm im Kopf müsste man glauben, die haben Kohlenmonoxid inhaliert, wenn man sich nicht sicher sein könnte, dass alles noch viel schlimmer ist. (db)

ANZEIGE



Kommentar

Richtig enteignen!

Keinen Cent den Immobilienkonzernen



Von **Stefan Natke**,
Vorsitzender der DKP Berlin

Wer hätte das gedacht? In Berlin wird die Eigentumsfrage gestellt. Per Volksabstimmung könnte über die Verfügungsgewalt von Haus und Grund entschieden werden. Glaubt man den Gralshütern des heiligen Eigentums, steht an der Spree der Sozialismus bevor. Das Schreckgespenst der Enteignung droht. Doch genauer besehen, lässt sich davon nicht eigentlich sprechen. Sollte am 26. September mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Berliner für die Vorlage zur Vergesellschaftung bisher im privaten Besitz befindlicher Wohnungen stimmen, sollte sich danach der Senat bequem, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten, was er nicht muss, und sollte dieses Gesetz dann auch juristisch Bestand haben – so viele Eventualitäten! –, ginge es letztlich nicht um Enteignung, sondern um Rückkauf. Denn auch die Vertreter der Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« gehen von einer Entschädigungssumme in Milliardenhöhe zugunsten der Immobilienkonzerne aus.

Das ganze Elend der Wohnungsnot und der Mietenexplosion in Berlin hat der »rot-rote« Senat in erheblichem Maße mitzuverantworten, als er zwischen 2001 und 2005 hunderttausende Wohnungen zu Schleuderpreisen an internationale Finanzkonsortien veräußerte. Die zogen dann aus dem Warengeschäft mit den ihnen ausgelieferten Mietern sagenhafte Gewinne und verdrängten Zehntausende per exorbitanter Mietsteigerung. Angesichts dieser Lage ist nicht einsichtig, warum den Immobilienkonzernen auch nur ein Cent Entschädigung gewährt werden sollte. Enteignung? Selbstverständlich! Aber bitteschön eine, die den Namen auch verdient.

Die Ausdehnung des Profitprinzips auf Bereiche wie Strom- und Wasserversorgung, Gesundheits-, Verkehrs- und Wohnungswesen hatte verheerende Folgen. Gerade auf diesem Feld der Reproduktion hat sich in den vergangenen Jahren allerdings auch immer stärkerer Widerstand geregigt. Zwar bleibt die Initiative »Deutsche Wohnen und Co.« angesichts der vorgesehenen Milliardengeschenke für renditehungrige Anlagefonds eine zwischlächtige Angelegenheit. Doch die Kampagne hat dafür gesorgt, dass endlich einmal wieder die Eigentumsfrage gestellt wurde und das Wort Enteignung wieder einen guten Klang erhielt. Ihr Erfolg wäre eine Voraussetzung, für eine wirkliche Enteignung zu kämpfen. Deshalb am 26. September unbedingt mit Ja stimmen!

Wie kam es zur Gründung der Antifa Nord-Ost, warum dieser Name?

Los ging es im Sommer 2007, in der Zeit, als der Staat Prozesse führte gegen Demonstranten, die in Heiligendamm gegen das G8-Treffen, protestiert hatten. Damals haben sich Leute aus verschiedenen Strukturen zusammengefunden, um sozusagen klassische Anti-Nazi-Arbeit zu machen. Und zwar im Bezirk Pankow, sprich im Nordosten Berlins.

Was verstehst du unter »klassischer Anti-Nazi-Arbeit«?

Das geht von Recherchearbeit über Naziumtriebe im Bezirk – damals die NPJ in Pankow: wer sind die Köpfe, wie läuft die Finanzierung der Rechten –, bis zu Demos, Kundgebungen etc. Wir haben auf rassistische Übergriffe gegen Migranten, aber auch auf Attacken gegen linke Strukturen reagiert.

Damals war gerade die Zeit der sogenannten Anti-Moschee-Proteste, bei denen die Nazis versucht haben, Otto Normalverbraucher und auch die CDU für ihre Rassenwahn-Politik zu vereinnahmen und gegen Muslime in Stellung zu bringen.

Hattet Ihr mit euren Aktionen Erfolg?

Ja, wir konnten die Nazis in ihrer Aktionsfähigkeit deutlich einschränken, wir haben sie öffentlich bekannt gemacht, so dass sie bei Übergriffen erkannt wurden. Nazis besudelten damals das Ehrenmal für die Rote Armee in Buch am Tag der Befreiung. Das können sie jetzt nicht mehr, am 8. Mai wird es von uns und weiteren Antifaschisten beschützt.

Diese Aktionen haben euch im Bezirk bekannter gemacht. Konntet Ihr dadurch neue Mitglieder gewinnen?

Viele junge Leute, ganze Jugendgruppen haben sich für unsere Arbeit interessiert und dann mitge-

Über antifaschistisches Gedenken im Bezirk und darüber, warum die Antifa sich mit »Coronaleugnern« beschäftigt. Ein Gespräch mit Nico Steinert von der Antifa Nord-Ost

»Herrschaftskritik hört man oft, Systemkritik jedoch nie«

Wir genießen einen guten Ruf bei Bündnispartnern wie der VVN-BdA und linken Strukturen wie SDAJ und DKP sowie der Partei Die Linke. Gemeinsam mit ihnen leisten wir antifaschistische Gedenkarbeit hauptsächlich im Bezirk, aber auch darüber hinaus. Seit 2014 z. B. organisieren wir den antifaschistischen-internationalistischen Block auf der jährlichen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und sitzen im Vorbereitungskomitee der Demonstration. Mit der VVN und der DKP erinnern wir jährlich am 22. April am Denkmal in Weißensee an die Befreiung des Ortsteils durch die Rote Armee.

Das wirkt alles wie eine vom Kalendarer diktierte Praxis. Reagiert Ihr auch auf aktuelle Ereignisse?

Im Moment halten uns die Corona-Leugner auf Trab. Der Protest gegen die Anti-Corona-Maßnahmen ist ja ruck-zuck von Rechten aller Couleur übernommen worden.

Warum ist euch das Auftreten gegen die Corona-Leugner so wichtig. Lasst Ihr euch da nicht die Agenda diktieren?

Es ist deshalb wichtig, weil das Ganze einen zutiefst esoterischen Hintergrund hat, gepaart mit völkischem Nationalismus und starkem antisemitischen Einschlag.

Da wird auch schon mal der gelbe Judenstern der Nazis genutzt. Rechte werden von Corona-Leugnern hofiert, ihnen wird eine Plattform geboten, man denke da an die Aktion auf der Reichstagstreppe. Und das in einer Zeit, in der eine rechte Chatgruppe nach der anderen bei Bundeswehr und Polizei auftaucht. Der Zusammenhang ist eindeutig. Ein gutes Beispiel ist Attila Hildmann, erst Fernsehkoch, dann populärer Corona-Leugner und später Einpeitscher gegen die »jüdische Weltverschwörung«.

Wenn wir das »Wehret den Anfängen« ernstnehmen, dann müssen wir dagegen aktiv sein. Hildmann verbreitet ein zutiefst sozialdarwinistisches Weltbild und legt sich vermeintlich mit den Herrschenden an. Herrschaftskritik hört man von den Coronaleugnern oft, Systemkritik jedoch nie. Da liegt der Hase im Pfeffer. Unsere Agenda lassen wir uns dadurch auf keinen Fall von den Rechten diktieren, unsere eigenen Aktivitäten stehen weiterhin im Vordergrund: der

Tag der politischen Gefangenen am 18. März, an dem wir in diesem Jahr eine starke Kundgebung für die Freilassung des katalanischen Musikers Pablo Hasél durchgeführt haben, die Jugenddemo in Pankow am 1. Mai, die Aktivitäten um den 8. Mai usw.

Zuletzt haben wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern eine dreimonatige Kampagne im Rahmen unserer ständigen Aktion »Niemand ist vergessen« durchgeführt. Unter dem Titel »Frauen im Widerstand« haben wir u. a. mit Genossinnen und Genossen der DKP und der VVN-BdA Frauen aus Pankow gedacht, die von Faschisten aus politischen oder frauenfeindlichen Gründen ermordet wurden.

Und was ist jetzt aktuell geplant?

Nachdem uns Corona lange ausgebremst hat, können wir nun bald wieder unsere Infoveranstaltung, den Antifa-Tresen Nord-Ost, auf dem Hof der »Bunten Kuh« durchführen. Und am 1. wie am 8. September veranstalten wir wieder unser linkes Sommerkino auf der Freilichtbühne Weißensee. Es werden Filme über die Revolutionärin Tamara Bunke und einen Antifaschisten aus Katalonien, der von Nazis ermordet wurde, gezeigt.

<https://antifa-nordost.org/>

Liebe Leserinnen und Leser des Berliner Anstoß,

alle drei Monate erscheint unsere Zeitung, um Sie über Berliner Ereignisse und deren Bewertung durch uns Kommunistinnen und Kommunisten zu informieren. Wir gehen dabei konsequent von den Interessen und Sichtweisen der sogenannten kleinen Leute aus. Solche Informationen, Meinungen und Einschätzungen finden Sie kaum an anderer Stelle. Falls Sie an diesem journalistischen Angebot interessiert sind, teilen Sie uns doch bitte einfach Ihren Namen samt postalischer Adresse mit, dann liefern wir auch Ihnen den Berliner Anstoß gerne künftig gratis frei Haus. Nutzen Sie dazu den Coupon auf Seite 6.

Finanziert wird diese Zeitung vor allem durch Spenden. Die reichen normalerweise, um die Kosten für Druck und Vertrieb für 30.000 Berliner Haushalte zu decken. Der vorliegende Anstoß landet sogar in 55.000 Berliner Briefkästen. Das war möglich, weil wir über einen Spendenaufruf die dafür notwendigen Kosten für das Beilegen in diversen Zeitungen eingesammelt haben. Solche Zuwendungen erreichten uns nicht von reichen Einzelspendern oder großen Unternehmen, sondern von vielen Freunden, Genossen und Sympathisanten. Dadurch wird möglich, dass auch Sie und andere mal etwas anderes als das Übliche lesen können.

Damit Sie auch mal was anderes wählen können, kandidiert die Berliner DKP am 26. September mit eigenen Landeslisten für die Bundestags- und die Abgeordnetenhauswahl. Und bei der Volksabstimmung »Deutsche Wohnen & Co. enteignen!« fordern wir alle Wählerinnen und Wähler auf, für die Enteignung zu stimmen. Al-

lerdings erwarten wir, dass bei einer Zustimmung der Berliner Bevölkerung die Wohnungskonzerne tatsächlich, wie versprochen, enteignet und nicht einfach die Wohnungen von der Stadt Berlin zum aktuellen Marktpreisen zurückgekauft werden. Mit solchen Positionen werden wir natürlich nicht von Wohnungskonzernen oder anderen großen Unternehmen mit Geldgeschenken versorgt.

Wollen wir auch gar nicht. Wir legen viel mehr Wert darauf, dass uns möglichst viele Menschen mit vielen größeren und kleineren Spenden dabei helfen, dass wir uns mit dem Berliner Anstoß und anderen Aktivitäten der DKP Berlin für Ihre Interessen einsetzen können. Darüber hinaus empfehlen wir Ihnen aber, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, es nicht irgendwelchen Politikern zu überlassen. Lieber selbst aktiv werden – für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Dazu möchten wir Sie ganz herzlich einladen!

Ihr Kollektiv des Berliner Anstoß

Impressum

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 55.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. August 2021. Die nächste Ausgabe erscheint am 23.10.2021

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
Verwendungszweck: Anstoß

Riders on the Storm

Die Beschäftigten des Lieferdienstes Gorillas streiken gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen

Von
Susanne Knütter

Regenbogenflagge im Hintergrund und davor der Schriftzug »Gorillas love Pride«. Diese Botschaft schmückt derzeit die riesigen kubischen Rucksäcke der Fahrradkuriere des Lebensmittel-Lieferdienstes Gorillas. Ja das geht. Ein Unternehmen kann Schlagzeilen machen, weil Löhne zu spät ausgezahlt, Rucksäcke zu schwer beladen, Beschäftigte unter Druck gesetzt und vorzugsweise zum Ende der Probezeit gekündigt werden. Und gleichzeitig kann es sich den Kampf für die Rechte von Schwulen und Lesben auf die Fahne schreiben. Die Außendarstellung ist nicht erst heute ein wichtiger Bestandteil des Geschäfts von Unternehmen.

Gorillas wirbt auf seiner Homepage damit, ein Gegenmodell zur Gig-Economy zu sein. Anders als bei anderen Lieferdiensten »werden alle Rider fest angestellt mit Anspruch auf Krankenversicherung, arbeitgeberfinanzierte Unfallversicherung und bezahlten Urlaub«. Der Stundenlohn betrage mindestens 10,50 Euro, Gorillas verzichte weitgehend auf Subunternehmer oder Soloselbstständige. Die Arbeitszeiten lägen bei 8,5 Stunden pro Schicht. Das Equipment werde gestellt.

Das sind für sich genommen Mindeststandards und Selbstverständlichkeiten. Beim Vergleich mit anderen Lieferdiensten ragen sie nicht heraus. Auch der größte Lieferdienst in Deutschland, Lieferando, stellt seine Beschäftigten fest an. Gorillas direkter Konkurrent »Flink«, der im Grunde eine Kopie ist, wie Gorillas wiederum ein Klon des US-amerikanischen Dienstes Gopuff ist, bietet nicht nur mehr oder weniger identische Lieferkonditionen. Auch die Bedingungen für die Lohnabhängigen sind ganz ähnlich. Anstelle von

Ein-Jahres-Befristungen erhalten sie Arbeitsverträge, die auf zwei Jahre befristet sind.

Der wichtigste Unterschied scheint momentan der zu sein, dass bei Gorillas immer wieder gestreikt wird. Das 2015 gegründete türkische Unternehmen Getir begann eine Woche, nachdem die Gorillas-Kuriere aus Protest gegen die fristlose Kündigung eines Kollegen spontan ihre Arbeit niedergelegt hatten, in Berlin seine Dienste anzubieten. Und womit wirbt die Firma? Natürlich damit, alles viel besser zu machen: »Wir behandeln unsere Kuriere anders als andere Unternehmen. Und ich glaube, dass das einen Unterschied machen wird«, sagte Gründer Nazim Salur der FAZ.

Konsumenten, die nicht nur bei Lieferdiensten wie Gorillas bestellen, weil sie dadurch Zeit sparen und potentiell infektiöse Kontakte vermeiden, sondern auch Wert auf das Warenangebot legen, stecken in einem Dilemma. »Regional« und »CO2-arm«, aber kaputte Fahrräder und undichte Kleidung? Sie werden sich fragen, ob es richtig ist, noch bei Gorillas zu bestellen. Klar, vor allem wenn gerade gestreikt wird. Das erhöht den Druck auf das Management. Darüber hinaus ist Verzicht in letzter Konsequenz kein geeignetes Mittel des Protests. Irgendwann, irgendwo muss man essen und trinken. Unter kapitalistischen Bedingungen wird die Ausbeutung allerdings immer mit eingekauft. Alternativen sind für die breite Masse auf Dauer nicht erschwinglich.

Außerdem ist das Konzept, sich die Einkäufe nach Hause bringen zu lassen, und dafür nur ein wenig mehr zu bezahlen als im Supermarkt, prinzipiell nützlich – vor allem für alte und kranke Menschen. Unter den Bedingungen der Ausbeutungsgesellschaft bleibt es aber Heuchelei. Gespart wird am Ende bei den Lohnabhängigen. Die müssen dann schon mal ihre eigenen Handys für die Abwicklung von Bestellungen verwenden und sich um

den Zustand der Fahrräder selbst kümmern. Außerdem muss unter den Bedingungen der Konkurrenz alles wahnsinnig schnell passieren. Gorillas und Flink versprechen die Lieferung nach weniger als zehn Minuten. Pinkelpausen werden da zur Herausforderung.

Bei Gorillas wird also gestreikt. Seit Februar immer wieder. Gegen fristlose Kündigungen und die gesetzliche Probezeit, für eine gute Ausstattung, leichteres Gepäck – ja Gepäckträger – und betriebliche Mitbestimmung. Die meisten Fahrer sind keine deutschen Staatsbürger. Viele kommen aus Argentinien und Chile. Ausgestattet mit einem Working-Holiday-Visum dürfen sie in Deutschland arbeiten, aber nicht länger als ein halbes Jahr beim selben Unternehmen. Für Gorillas ist das ein geeigneter Vorwand, unliebsame Angestellte, die sich am Streik beteiligen, loszuwerden. So geschehen am 8. Juli, als mehrere gefeuert wurden. Die Antwort der Kollegen war erneut Streik. Er ist damit nicht nur »wild«, weil verbandsunabhängig, sondern auch politisch, weil er sich gegen die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen wendet. Immer noch kann man lesen, das wilde und politische Arbeitsniederlegungen in der BRD verboten seien. Das stimmt so nicht.

Auch wenn das Bundesarbeitsgericht einen verbandsfreien Streik bereits für rechtswidrig erklärte, gibt es ein Recht auf Streik. In der Sozialcharta der Europarats, die die BRD ratifizierte, ist beispielsweise vom »Recht der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auf kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Falle von Interessenkonflikten« die Rede. Aus Sicht des Arbeitsrechtlers Bendikt Hopmann geht es ausdrücklich um das Recht von »Arbeitnehmern« und nicht um das von Gewerkschaften. Und ein politischer Streik wurde bis heute weder dem Bundesarbeitsgericht noch dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt, so dass die Gerichte dazu auch bis

heute nicht geurteilt haben.

Und selbst wenn wilde und politische Streiks illegal wären, blieben sie eine richtige Maßnahme. Manch ein chilenischer Gorillas-Rider, der sich jetzt auch an der Auseinandersetzung beteiligt, stand monatelang auf Straßenbarrikaden in Santiago de Chile, um gegen den neoliberalen Staat zu kämpfen. Da zeigte sich dann, dass Recht auch verändert werden kann.



ANZEIGEN

STÄRKEN SIE SICH UND DAS MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR MIT EINEM ABONNEMENT ODER GESCHENKABO!

4 Ausgaben/Jahr
ab 26,90 €

JAHRESABO (VIER AUSGABEN) FÜR 26,90 EURO

BESTELLUNGEN UNTER
MELODIEUNDRHYTHMUS.COM/ABO



T-Shirt „Rosa & Karl“

Shirt-Farbe weiß | Motiv rot und schwarz | Logo Brustdruck groß
Label: earth positiv | 100 % Biobaumwolle
Größen S - 4 XL | € 17,90

uzshop.de



shop@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788925

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

BDA: (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände)

"Attraktive Tarifverträge und mehr Luft zum Atmen sind die Zukunft"

und weitere Artikel u.a.

100 Jahre KP-China - 100 Jahre Chinas Kampf um den Sozialismus

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.kaz-online.de
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 120262
90109 Nürnberg

Die Kaputtmacher



Das Wenckebach-Klinikum wird kaputt gemacht, denn Senat und Vivantes wollen es so. Der von Betriebsrat, Gewerkschaft und einer Bürgerinitiative entfaltete Widerstand gegen die Schließung ist ihnen egal. Kein demokratisch legitimes Gremium hat jemals die Abwicklung des Wenckebach-Klinikums beschlossen. Das bestimmt der landeseigene Konzern Vivantes über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg.

Hier soll ein voll funktionsfähiges Krankenhaus beseitigt werden, und was hört man aus der Berliner Regierung zum Treiben des doch landeseigenen Konzerns? Nichts, denn Gesundheitsministerin Dilek Kalayci (SPD) ist auf Tauchstation gegangen. Ein wohnortnahes, kostendeckend arbeitendes Krankenhaus wird zerschlagen, und die Gesundheitsministerin ist trotz mehrfacher Bitten nicht dazu bereit, mit Anwohnern und Beschäftigten darüber zu sprechen, geschweige denn, das Ruder herumzureißen. Das ist eine weitere Schande für den Berliner Senat und die ihn tragenden Parteien SPD, Linke und Grüne, die offenbar nicht willens sind, dem landeseigenen Konzern im Interesse der Bevölkerung politische Vorgaben zu machen.

Zufall ist das nicht. Seit der Einführung der Fallpauschalen Anfang der 2000er Jahre regiert im Krankenhauswesen das Profitprinzip. Gesundheit ist zur Ware geworden. Geht es nach dem maßgeblichen Beratungsgremium im Bundesgesundheitsministerium, ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht: Die bundesweite Krankenhauszahl soll von jetzt knapp 2.000 noch einmal halbiert werden. Und die Bundesregierung fördert Klinikschließungen mit 500 Millionen Euro jährlich aus dem »Krankenhausstrukturfonds«. Daher ist die Eile zu verstehen, mit dem Vivantes die Verlagerung fast aller Abteilungen des Wenckebach-Krankenhauses ins Auguste-Viktoria-Klinikum noch dieses Jahr durchziehen will, obwohl dort noch jahrelang die Baumaßnahmen laufen werden. Denn das sind die eigentlichen Gründe: Weitere Kosteneinsparung durch ein zentrales und zugleich »modernes« Großkrankenhaus, das mit Spezialoperationen und -behandlungen Extraprofiten einbringt. (js)

Kranke Zeiten

Das Wenckebach-Klinikum in Tempelhof soll geschlossen werden. Anwohner und Gesundheitsfachleute sind dagegen. Vivantes verspricht statt dessen einen »Gesundheitscampus«

Von Dennis Simon und Jörg Stoll

Seit Jahren keimt der Konflikt um das Wenckebach-Klinikum in Tempelhof-Schöneberg immer wieder auf. Das zu Vivantes gehörende Krankenhaus soll geschlossen werden. Dagegen hatte zuletzt die Initiative »Wenckebach-Krankenhaus muss bleiben« am 25. Juni demonstriert. Sie fordert den sofortigen Stopp der Verlagerung der Stationen zum Auguste-Viktoria-Klinikum.

Dabei liegen die Vorteile und die Bedeutung des Wenckebach-Krankenhauses auf der Hand. Es ist ein gut funktionierendes, zentral gelegenes Krankenhaus mit 443 Betten, das bisher bis zu 22.000 Patienten im Jahr versorgte. Es hat eine Chirurgie, eine Orthopädie, eine Anästhesiologie, eine Kardiologie, eine Intensivmedizin, Abteilungen der Geriatrie und der Psychiatrie sowie ein Hospiz. Und: Es ist ein Unfallkrankenhaus, eines von nur dreien im ganzen Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

Eine internistische Station hat das Wenckebach-Krankenhaus inzwischen nicht mehr: Sie wurde bereits im November 2020 in das Auguste-Viktoria-Klinikum überführt. Noch in diesem Jahr sollen laut Vivantes Chirurgie, Orthopädie und Anästhesiologie folgen, später dann Kardiologie und Intensivmedizin, in drei Jahren Geriatrie und Psychiatrie. Auch ein Umzug der Rettungsstelle ist geplant, womit die Zahl der Notaufnahmen im Bezirk auf lediglich zwei sinken würde. In ganz Berlin sind es fast 40. Langfristig soll nur noch das Hospiz in Tempelhof bleiben.

In der Petition »Rettet das Wenckebach-Klinikum Tempelhof«, die zwischen Ende Oktober und Ende Dezember des vergangenen Jahres 4.600 Unterstützer unterzeichnet haben, heißt es: Die Rettungsstelle des Wenckebach-Krankenhauses sei »für uns alle unverzichtbar«. Jede Rettungsstelle, »die wegfällt, heißt längere Fahrt- und Wartezeiten für den Notfallpatienten«. In einer Stellungnahme an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) schrieb die Initiatorin der Petition, Andrea Huck, das sie mit etwa 250 Ärzten und Gesundheitsexperten gesprochen habe. Fast alle seien über die Schließung des Krankenhauses entsetzt gewesen.

»Für eine qualifizierte Krankenhausversorgung in Tempelhof brauchen wir das Wenckebach-Klinikum«, erklärte der Bezirksvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi angesichts der bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen in einem offenen Brief an die Berliner Politik. Das sei der Wille der Beschäftigten und das zeige die Petition »aus der Mitte der Tempelhofer Bevölkerung«.

Auch Vertreter aller Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sprachen sich gegen die Schließung aus. Anfang April fasste die BVV einen Beschluss, das Bezirksamt zu beauftragen, bei Senat und Vivantes den Stopp des bereits begonnenen Umzugs zu bewirken. Zu befürchten sei, so die Begründung, dass die nötigen Strukturen und die finanzielle Unterstützung am Auguste-Viktoria-Klinikum fehlten, es erfülle die Anforderungen an ein Unfallkrankenhaus nicht. Das Wenckebach-Krankenhaus sei dagegen wirtschaftlich immer vertretbar gewesen, heißt es von seiten der Anwohnerinitiative »Rettet das Wenckebach«. Sowohl Stationen als auch die Rettungsstelle seien stets ausgelastet.

In einem Schreiben von Ende April forderte die Verdi-Betriebsgruppe im Wenckebach-Klinikum Gesundheitsministerin Dilek Kalayci (SPD) auf, ihre Kompetenzen wahrzunehmen und die Verlagerung zu stoppen:

in das Auguste-Viktoria-Klinikum an, das mehr als 140 Jahre alte Gebäude des Wenckebach entspreche nicht mehr modernen medizinischen Anforderungen. In einem Schreiben an das Bezirksamt versucht die Geschäftsführung von Vivantes angesichts der Befürchtungen der BVV zu beschwichtigen: Das »vielfältige Angebot« des Auguste-Viktoria-Klinikums werde sich durch die Zusammenlegung noch erweitern. Es bestehe die »Chance«, am neuen Standort »eines der modernsten Krankenhäuser entstehen zu lassen und das auf sehr absehbare Zeit«.

Das Wenckebach-Krankenhaus wiederum, das verspricht der Konzern, soll zu einem »Gesundheitscampus« umgebaut werden. Es solle ein »Zentrum für Vorbeugung, ambulante Versorgung und seelische Gesundheit« werden und die Ansiedlung von Startups ermöglichen. Dem Konzern schwebt ein »Adlershof der Medizin« vor. Aber: Für das ehrgeizige Projekt fehlt ein Zeitplan, und vor allem steht es unter dem Vorbehalt der Finanzierung. Es drängt sich der Verdacht auf, dass zum Erhalt der Zustimmung für die Schließung wieder einmal viel versprochen, aber letztendlich wenig davon eingehalten wird. Dass dies keineswegs eine unbegründete Annahme ist, zeigt die Erfahrung. So steht zu erwarten, dass etliche Häuser des denkmalgeschützten Krankenhauses in

Es steht zu erwarten, dass etliche Häuser des denkmalgeschützten Krankenhauses in Wohnimmobilien umgewandelt werden, denn das ist bereits zuvor schon mit den Krankenhäusern am Urban und in Marzahn sowie in der ehemaligen Frauenklinik Mariendorfer Weg geschehen.

»Keine Rettungsstellen, keine Betten, keine Stationen, auch kein »kleines« Krankenhaus sollen dem Verfall und der Schließung preisgegeben werden, das ist einfach unverantwortlich.«

Vivantes gibt als Begründung für die Verlagerung fast aller medizinischen Bereiche

Wohnimmobilien umgewandelt werden, denn das ist bereits zuvor schon mit den Krankenhäusern am Urban und in Marzahn sowie in der ehemaligen Frauenklinik Mariendorfer Weg geschehen.

Der Betriebsrat von Vivantes jedenfalls hatte bereits in einem Rundschreiben von



September 2020 kritisiert, dass nicht klar sei, woher das Geld für die Umwandlung in ein »ambulantes Zentrum« kommen solle, da angeblich nicht einmal die Mittel zur Verbesserung der jetzigen Infrastruktur vorhanden seien. Die Beschäftigtenvertreter stellen berechtigterweise die Frage, ob nicht die Corona-Pandemie gezeigt habe, dass alle Standorte gebraucht würden.

Die Krankenhäuser stehen von zwei Seiten unter Druck, wie der Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand« in einer Publikation zum Thema Klinikschließungen Anfang des Jahres schilderte. Einerseits reduzierten die Bundesländer, die für Bau und Investitionen zuständig sind, seit Anfang der 2000er Jahre die Gelder für Krankenhäuser, andererseits führte die Einführung der Fallkostenpauschalen um die Jahrtausendwende zu einem Ökonomisierungsdruck. Die Krankenkassen erstatten nur noch anhand der Diagnose und nicht mehr nach der tatsächlich erforderlichen Pflege und Verweildauer des Klinikpatienten. Der ökonomische Hebel wurde und wird am Personal sowie an den Patienten angesetzt, die man nach erfolgter Operation möglichst schnell wieder loswerden will: Seit 1980 hat sich die Liegezeit bundesweit auf eine Woche halbiert. Denn je besser es den Kliniken gelingt, die anfallenden Kosten pro Patient unter der festen Fallpauschale zu halten, desto höher der Gewinn.

Das Ganze wird noch befeuert durch den harten Konkurrenzkampf zwischen den Kliniken, seitdem es seit den 1980er Jahren privaten Krankenhausbetreibern gestattet wurde, »marktwirtschaftlich« zu agieren. Heute tummeln sich etliche börsennotierte Gesundheitsunternehmen am »Gesundheitsmarkt«, denn die Renditeaussichten sind günstig – doch Patienten und Krankenhauspersonal müssen es ausbaden: Seit 1980 sind in Deutschland rund 1.800 Krankenhäuser geschlossen (2020, im Corona-Jahr, allein 20) und seit den 1990er Jahren 50.000 Stellen im Pflegebereich gestrichen worden, während die Fallzahlen sich erhöht haben: Arbeitsverdichtung und Arbeitshetze, Überforderung und Lohndumping kennzeichnen heutzutage die Versorgung und Pflege in den Kliniken.

Forderungen der DKP Tempelhof-Schöneberg:

Keine Schließung des Vivantes Wenckebach-Klinikums in Tempelhof!

Wir brauchen eine wohnortnahe Krankenhausversorgung. Wir brauchen Krankenhäuser, deren Schwerpunkt auf der Grund- und Regelversorgung liegt. Denn sie leisten Geburtshilfe, versorgen Unfälle, Blutungen, Blinddarmentzündungen, Sepsis, Nebenwirkungen von Medikamenten, entgleiste diabetische Stoffwechsellagen, akute Asthma- oder Lungenkrankungen und vieles mehr. Weil sie vor Ort sind, können sie auch in weniger als 30 Minuten die lebensrettende Erstversorgung von Herzinfarktpatienten oder bei entzündeten Bauchspeicheldrüsen starten.

Kein Krankenhaus darf mehr schließen!

Alle Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und sind unter demokratischer Aufsicht zu stellen. Ausgliederungen und Konsolidierungen zu Lasten der Beschäftigten und Patienten sind zu beenden.

Das Klinikpersonal muss aufgestockt werden ...

... um die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu verringern und die Qualität der Behandlungen für die Patienten zu erhöhen.

Mehr Geld, weniger Arbeit!

Alle Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich müssen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne erhalten, darüber hinaus einen angemessenen Pandemiezuschlag.

Weg mit den Fallpauschalen!

Die Fallpauschalen sind durch ein bedarfsgerechtes und kostendeckendes Abrechnungssystem zur Finanzierung der Krankenhäuser und des Personals zu ersetzen. Das Gesundheitssystem muss sich am Menschen ausrichten und nicht am Profit.

ANZEIGE

50 Jahre UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte,
marxistische Analysen –
Woche für Woche.



www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 1778915

Fest

Foto: Archiv



Ausstellung

Foto: Bundesarchiv



Veranstaltung

Foto: Bundesarchiv



Konzert

Foto: ROBERT KULISEK © 2020



Buch

Foto: Cover



»Roter Wedding«

Kiezfest der DKP

Ein Kiezfest. Im Wedding. Von den Kommunisten. Da, wo die einmal so stark waren, wie kaum in einer anderen Gegend Deutschlands. Das ist lange her. Daran lässt sich aber erinnern. Zum inzwischen dritten Mal lädt die DKP-Wedding zum Straßenfest ein. Diesmal unter dem Motto »Gegen Demokratieabbau und Krieg«. Klingt ernst, doch die Lage ist nun mal so. Diskutiert werden soll da, klar, doch auch gesungen und getanzt, getrunken und gelacht. Und weil ja Wahlen sind am 26. September, wollen die Wedding Genossen ihre Kandidaten für Bundestag und Abgeordnetenhauswahlen vorstellen. Wie heißt es üblicherweise? Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Na dann am besten vorbeikommen und weitersagen, haut's mit Edding an die Wände im Wedding! Wann? Am Sonnabend, dem 18. September 2021, von 15 bis 20 Uhr. Wo? Auf dem Platz der Kreuzung von Malplaquetstraße und Utrechter Straße. (rw)

www.dkp-berlin.info

Vergessene Schicksale

Zwangsarbeiter in der Hufeisensiedlung

Millionen Menschen aus den besetzten Gebieten, vor allem aus Polen und der Sowjetunion, haben die Nazis während des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland verschleppt. Als Zwangsarbeiter wurden sie in nahezu allen Wirtschaftsbereichen eingesetzt, von der Rüstungsproduktion über Verkehrsbetriebe bis zu privaten Haushalten – fast immer unter menschenunwürdigen Bedingungen. Jahrzehntlang hat die deutsche Geschichtsschreibung dieses Thema kaum berührt. Auch in der Hufeisensiedlung in Britz konnte oder wollte sich lange Zeit niemand an die Zwangsarbeiter erinnern. Und doch gab es sie. In zwei Lagern sowie mehreren Haushalten und kleinen Gewerben lebten und arbeiteten hauptsächlich aus Polen und der Sowjetunion deportierte Zwangsarbeiter. Die Anwohnerinitiative »Hufeisern gegen Rechts« erinnert mit einer Ausstellung an das Schicksal dieser Menschen. (hgr)

Ort: Galerie »Olga Benario«, Richardstraße 104, 12043 Berlin-Neukölln.
Vor Anmeldung unter:
+49 30 68 05 93 87

Im Dienste der Menschheit

Inge und Mitja Rapoport

Entweder man hat sie, oder man hat sie nicht gesehen, die Fernsehserie »Charité«. Wenn ja, dann mag das darin auftauchende Ärztepaar Inge und Samuel Mitja Rapoport aufgefallen sein. Die beiden überzeugten Kommunistinnen und Kommunisten flohen ihrer jüdischen Herkunft wegen aus Hitlerdeutschland in die USA. Zu Mitjas Leistungen zählten u. a. bahnbrechende Entwicklungen im Bereich der Bluttransfusion. So trugen sie zum Sieg über den Faschismus bei. Im Visier McCarthys, flohen die beiden ein zweites Mal, 1952 in die DDR. Der Helle Panke e. V. widmet dem Leben der beiden in Zusammenarbeit mit der Rapoport-Gesellschaft einen Film und Vortragsabend. (km)

Am Freitag, 24.9., 19 bis 21 Uhr, in der Kopenhagener Straße 9. Kosten: Zwei Euro. <https://www.helle-panke.de/>

Gegen den Einheitssermon

Zugezogen Maskulin

Ja, das aktuelle Album, »Zehn Jahre Abfuck«, ist unangemessene Selbstthematiziererei, bei dem die Musik hintenüber fällt. Aber wenn das Rap-Duo Zugezogen Maskulin nun doch noch seine Albumtour nachholen kann, dann ließe sich doch hoffen, dass sie ein paar gelungenere Stücke wie »Plattenbau O.S.T.« oder »Alle gegen alle« zumindest als Zugabe liefern. Am 2. Oktober ab 20 Uhr in »Huxleys Neue Welt« für 28,20 Euro Eintritt – plus die Kosten für das nötige Bier – ließe sich das in Erfahrung bringen. Tags darauf ist schließlich auch der unwichtigste Feiertag des Jahres, den mag man nicht unverkatert zubringen. Eine bessere Stimmung als damals, als ZM als kalkuliertes, linsradikales Gegenprogramm zum Einheitssermon vorm Brandenburger Tor 2019 auf die Bühne kamen und pöbelten, ist allemal drin. (km)

www.zugezogenmaskulin.de

Kämpfe einer Stadt

Rebelliges Berlin

Vom Widerstand gegen die Zumutungen der Herrschaft weiß die Geschichte dieser Stadt fürwahr zu berichten. Da war der Berliner Unwille 1440, als die Bürger sich dem Burgbau auf der Spreeinsel verweigerten (davon könnte man sich mit Blick auf die Restaurationshässlichkeit Hohenzollernschloss ruhig eine Scheibe abschneiden), die Kartoffelrevolution von 1847 und der Bierboykott von 1894. Den Schwerpunkt des vom fünfköpfigen Kollektiv »Gruppe Panther & Co. herausgegebenen Sammelbands bilden aber die Konflikte in Westberlin in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit gegen die Landnahme zugunsten komplett unnützer Bauprojekte sowie die Kämpfe der Migranten. Und da der Band von Anarchisten stammt (unbesehen ihres jeweiligen Inhalts ist ihnen einfach jede Herrschaft zuwider), finden auch die »Kämpfe in Ostberlin«, also der Hauptstadt der DDR Erwähnung. Tja. Trotzdem eine interessante Zusammenstellung. (jf)

Gruppe Panther & Co. (Hg.): *Rebelliges Berlin. Expeditionen in die untergründige Stadt*. Assoziation A, Berlin 2021, 840 Seiten, 29,80 Euro



Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

- vierteljährlichen
- halbjährlichen
- jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro.)

Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von

_____ Euro

- Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37) **Verwendungszweck: Anstoß oder Wahlkampf 2021**

- Bitte schickt mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

- Bitte schickt mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
- Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
- Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schickt mir von jeder Ausgabe

_____ Exemplare,

die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise:

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Alles dicht

In Berlin werden in intakten Siedlungen neue Wohnhäuser hochgezogen. Zum Leidwesen der Anwohner

Von
Walter Nubien

Es mangelt in Berlin an bezahlbaren Wohnungen. Zwar sind etliche Baulücken der Berliner Innenstadt inzwischen geschlossen, aber eine Wohnung in den Neubauten ist für Normalverdiener nicht zu bezahlen, es handelt sich weit überwiegend um teure Appartements. Der Wohnungsneubau konzentriert sich deshalb vermehrt auf den Stadtrand.

In der Mittenwalder Straße in Hellersdorf errichtete der städtische Wohnungsbaukonzern »Stadt und Land« mit nur drei Häusern ganze 310 neue Wohnungen. Der Bau, zur Hälfte mit städtischen Geldern finanziert, erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Generalunternehmer Kondor Wessels Bouw Berlin GmbH. Das Projekt ist eine klassische Blockrandverdichtung. Zwischen den Bestandsbauten in der Mittenwalder und der Zossener Straße war noch ein bisschen Platz, und das Grundstück gehörte ohnehin schon dem Konzern. Preiswerter Baugrund erhöht die Rendite.

So wie hier geschehen, wittern die Baukonzerne in Marzahn, Hellersdorf, Köpenick, Pankow und anderen Wohngebieten noch viel Gewinnpotential durch Wohnraumverdichtung. Wer im Bestand baut, braucht sich um den Erwerb neuen Baugrunds und städtebauliche

Wohnkonzepte mit entsprechender Infrastruktur nicht zu kümmern. Man bebaut einfach die Grünflächen, die von Architekten und Städteplanern der DDR in ihrer Konzeption der Wohngebiete zur Erholung der Menschen, zum Spielen der Kinder oder als Kaltluftschneise für den Sommer gedacht waren. Mit dieser den Profitmaximierungsabsichten der Baukonzerne folgenden Logik pfuscht man den damaligen Planern nachträglich ins Handwerk.

Im sozialistischen Deutschland stand der Mensch im Mittelpunkt der Planung der Wohnanlagen. Nicht selten verunglimpfen die aus dem Westen eingesetzten »Experten« die wohlgedachten und in industrieller Bauweise gefertigten Wohngebiete, die über Schwimmbäder, Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen verfügten. Fachleute aus dem Osten dagegen wurden längst wegen ihres Engagements für den sozialistischen Staat aus dem Amt gejagt.

Doch selbst die CDU hat inzwischen das Problem der Nachverdichtung erkannt und bereits 2019 in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf einen Antrag eingereicht, wonach der Bezirk einige Innenhöfe in den Großsiedlungen von der städtischen Berliner Immobilienmanagement GmbH zurückkaufen soll, um sie als Grünflächen zu erhalten. Das Problem wird durchaus gesehen, soll aber, wie könnte es unter den obwaltenden Bedingungen anders sein, auf marktwirtschaftliche Wei-

se gelöst werden. Mit öffentlichen Geldern soll ehemaliges Volkseigentum, das in den 1990er Jahren zu Schleuderpreisen an private Immobilienunternehmen verramscht wurde, nun wieder teuer zurückgekauft werden.

Ein Beispiel ist die Ossietzkystraße am Schlosspark Schönhausen in Pankow, wo eine Anwohnerinitiative zu verhindern versucht, dass ihre zwei miteinander verbundenen Innenhöfe mit insgesamt 170 Wohnungen bebaut werden. Dafür müssten rund 80 Bäume gefällt werden, zudem würde es an Kitaplätzen und Parkmöglichkeiten für die neuen Bewohner fehlen, argumentieren Vertreter der Initiative. Viele Anwohner boykottierten deswegen die Abstimmung über drei von der GESOBAU ausgewiesene Bauvarianten.

Der Bürgerverein Allende-Viertel-Köpenick e.V. und die Bürgerinitiative »Rettet das Allende-Viertel« in Köpenick wehren sich derweil gegen das Bauvorhaben der Wohnungsbaugenossenschaft Amtsfeld. Die Genossenschaft plant, auf dem Gelände an der Salvador-Allende-Straße eine Tiefgarage und zwei fünf- bis sechsgeschossige Häuser mit insgesamt 82 Wohnungen für 200 bis 250 Personen zu errichten. Eine Vielzahl der Genossenschaftler ist dagegen. Mit den geplanten Nachverdichtungen werde die Verschlechterung der Wohn- und Lebensverhältnisse der Anwohner bewusst in Kauf genommen, heißt es von seiten der Anwohner. Das

Allende-Viertel wurde in der DDR Anfang der 1970er Jahre für rund 8.000 Menschen erbaut und mit allen notwendigen Einrichtungen wie Kindergärten auf den Innenhöfen, Schulen, Altenheimen, Spiel- und Sportplätzen, einer Schwimmhalle, Grünanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und einer Clubgaststätte mit Versammlungsräumen ausgestattet. Das ist nun in Gefahr. Der Nachverdichtung fielen Spielplätze und nahe Grünflächen zum Opfer. Die Folge seien dann auch fehlende Kita- und Schulplätze in Wohnungsnahe. »Wir wissen, dass neue, angemessene Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten aufgrund der anhaltenden Gentrifizierung notwendig sind«, schreiben die Gegner. Es solle vielmehr dort gebaut werden, wo auch die notwendige Infrastruktur errichtet bzw. erweitert werden könne. »Das ist für uns tatsächlich sozialer Wohnungsbau, der ausschließlich in der Hand der Kommune liegen sollte.« Der subventionierte private Wohnungsbau schiebe die Probleme nur auf. Von der mangelnden Befragung, geschweige denn einer Beteiligung der Anwohner gar nicht erst zu reden.

Das trifft auch auf das Projekt der Innenhofverdichtung in der Atzpodienstraße 24/25 A im Nibelungenviertel in Lichtenberg durch die HOWOGE Wohnungsbau-Gesellschaft zu. Die betroffenen Mieter wurden dazu gar nicht erst informiert. Mit dem Nachverdichtungsvorhaben konfrontiert, sagte der zuständige Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Kevin Hönicke (SPD): »Das Bezirksamt kann nicht bei jedem neu eingegangenen Bauantrag die Nachbarschaft informieren, oder gar in die Planung einbeziehen«. Noch bevor über das Vorhaben in der BVV nach entsprechenden Anträgen der Fraktionen von Die Linke und SPD diskutiert werden konnte, genehmigte die zuständige Abteilung im Bezirksamt bereits den Bauantrag der Howoge. Die Mieter haben unterdessen die »Bürgerinitiative auf dem lichten Berg« gegründet, die mit Protestveranstaltungen im Innenhof der Atzpodienstraße, auf die Baupläne aufmerksam macht.

Die »Akzeptanzprobleme« bei der Nachverdichtung sind im Berliner Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (StEP) berücksichtigt. Vorgesehen ist deshalb eine frühzeitige Beteiligung der Mieter in einen vermeintlichen Entscheidungsprozess, um »unnötige Widerstände« zu vermeiden. Ein Mieter der von der Nachverdichtung betroffenen Ossietzkystraße am Schlosspark Schönhausen in Pankow nennt das »pseudodemokratisches« Geplänkel: »Wir haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera.« Ein echter, ergebnisoffener Dialog, der auch den Verzicht auf die Baumaßnahmen als Möglichkeit beinhaltet, habe nie stattgefunden. Das ist auch schwierig: Laut StEP besteht politisch bereits Konsens für eine Bebauung in 14 von 30 Wohngebieten. Es geht nur noch um das Wie.

Per la Vita

Am 10. Juli starb
Esther Bejarano



Kurt Feigel / r-medialbase

Sie war Sängerin, Schriftstellerin und Musikerin, sie war Antifaschistin, Kommunistin und Auschwitz-Überlebende. Esther Bejarano wurde am 15. Dezember 1924 in Saarlouis als jüngste von vier Geschwistern in eine jüdische Lehrerfamilie hinein geboren. Nach der Reichspogromnacht im November 1938 wurde ihr Vater verhaftet entging aber der Deportation. 1941 wurde Esther als Zwangsarbeiterin nach Fürstenwalde verbracht und am 20. April 1943 nach Berlin in das Sammellager »Große Hamburger Straße« überführt. Von dort aus wurde sie in das Lager Auschwitz deportiert.

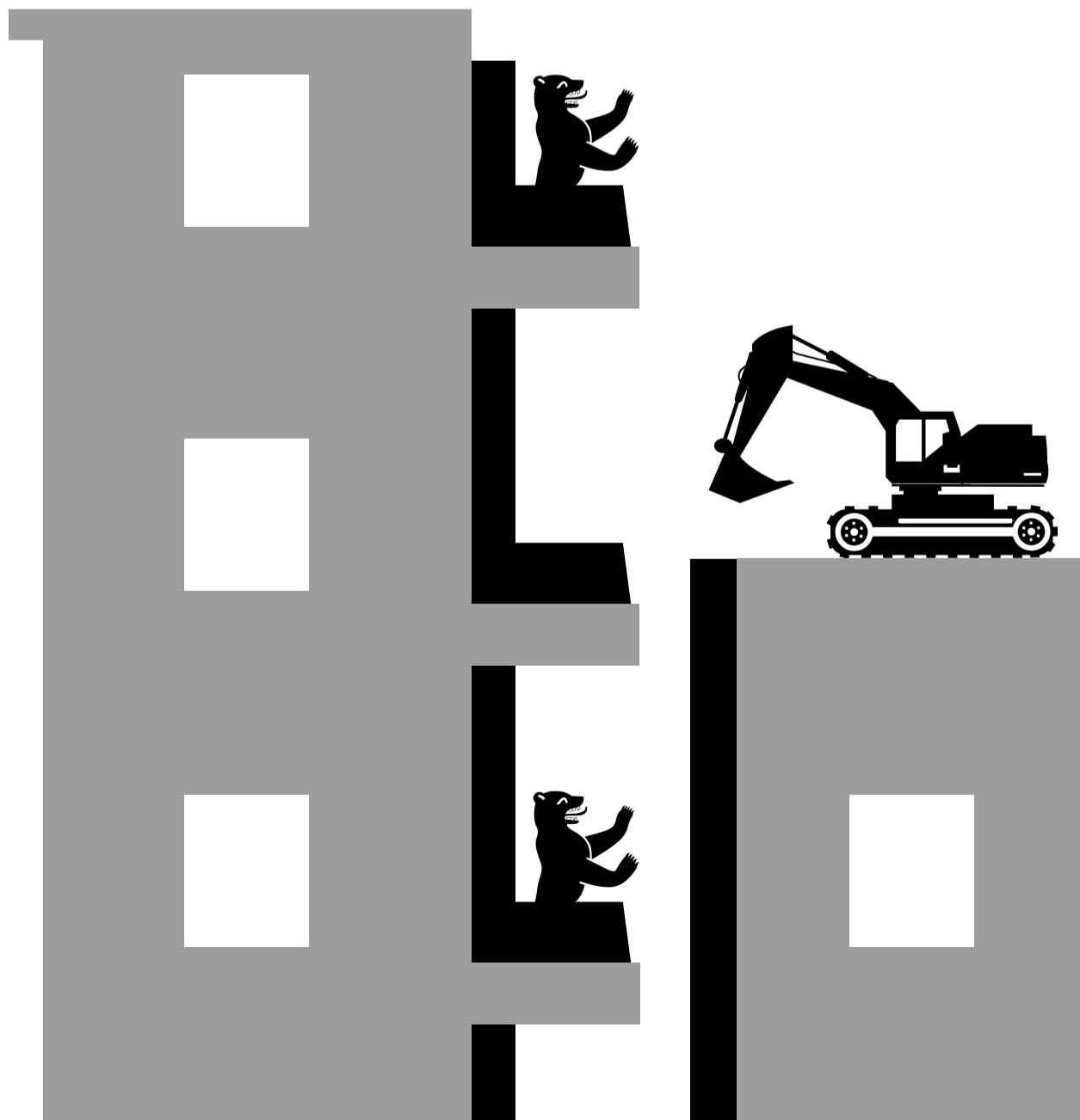
Die Musik rettete ihr das Leben. Binnen kürzester Zeit brachte sie sich das Spiel auf dem Akkordeon bei und musste dann bei Ankunft neuer Häftlinge am Bahndamm und auch bei Hinrichtungen spielen. Sie trug Lieder von Bach und Schubert vor und wurde deshalb für das Mädchenorchester von Auschwitz vorgeschlagen. Verlegt in das KZ-Ravensbrück erlebte Esther das Herannahen der Alliierten 1945 und wurde zu einem der Todesmärsche gezwungen. Doch sie konnte zusammen mit einer Freundin fliehen. Erst nach der Befreiung durch die alliierten Truppen erfuhr sie, dass die Faschisten ihre Eltern ermordet hatten.

In Deutschland hatte Esther jetzt keine lebenden Verwandten mehr. So zog sie nach Palästina zu ihrer Schwester Tosca. Nach einigen Zwischenstationen konnte sie in Tel Aviv ein Gesangsstudium beginnen und schloss sich dem Arbeiterchor Ron an, mit dem sie 1947 bei den 1. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Prag auftrat.

Enttäuscht von den Entwicklungen in Israel kehrte Esther zusammen mit ihrem Ehemann 1960 nach Deutschland zurück und zog nach Hamburg. Nachdem sie und ihre Kinder auf offener Straße von Neonazis angegriffen worden waren, begann sie ihren antifaschistischen Kampf in der Bundesrepublik. Ihr Mittel war die Musik. Aber auch jenseits der Bühne setzte sich Esther energisch für eine friedliche Zukunft ein. Sie gründete 1986 das Auschwitz-Komitee, hielt Vorträge in Schulen und war auf fast jeder antifaschistischen Demo zu sehen und zu hören.

2009 trat Esther zusammen mit ihren Kindern Edna und Joran zum ersten Mal mit der Hip-Hop-Band Microphone-Mafia auf. Es sollten mehr als 170 Konzerte folgen. Ein Erlebnis, wie die kleine zerbrechliche Frau zusammen mit den weitaus jüngeren Bandmitgliedern antifaschistischen Rap auf die Bühne brachte.

Esther versprach einmal, so lange zu singen, bis es keine Nazis mehr gebe. Sie hat es nicht mehr geschafft. Jetzt müssen wir alle weitersingen und kämpfen. (ilo)





Anja Polzin

Beruf: **Studentin (Psychologie)**
Alter: **30**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

Weil ich in einer Stadt leben möchte, in der die Interessen und Bedürfnisse der in ihr lebenden Menschen im Vordergrund des politischen Handelns stehen und nicht die Profitinteressen von Banken und Großkonzernen.

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Vorhandener Wohnraum muss in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware! Darüber hinaus ist es dringend notwendig, dass neue, gute und bezahlbare Mietwohnungen gebaut werden. Außerdem muss die geplante Privatisierung der Berliner S-Bahn gestoppt werden. Mobilität ist ein Grundrecht und sollte somit für die Menschen so günstig wie möglich, noch besser aber kostenlos sein! Auch im Interesse der Beschäftigten ist es notwendig, die Deutsche Bahn AG in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen umzuwandeln.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Der Kapitalismus trägt so viele verächtliche und zerstörerische Züge an sich, dass eine Partei, die dies erkennt und ändern will, sei sie auch zeitweise noch so schwach, gar nicht auf verlorenem Posten stehen kann.



Luis von Barga

Beruf: **Altenpfleger**
Alter: **26**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

Ich kandidiere für die DKP, weil sie die einzige Partei ist, die wirklich für Veränderungen, für soziale Gerechtigkeit und Frieden steht.

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum, einen kostenlosen ÖPNV, Krankenhäuser, die nicht gewinnorientiert arbeiten müssen und mehr Geld für soziale Belange, anstatt es in Großbaustellen zu versenken.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Die DKP hat gegen die Repräsentanten des Kapitals einen schweren Stand und auch schon bessere Tage erlebt. Aber sie ist immer noch die einzige Partei, die allen Lohnabhängigen ein Programm zur Abschaffung einer Gesellschaft der Ausbeutung bietet.

Unsere Kandidaten für Berlin



Christian Sprenger

Beruf: **Dachdecker und Historiker, z. Zt. Reklame-Plakatierer**
Alter: **43**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

In Zeiten von neoliberaler oder linksliberaler Einheitsbrei ist eine kommunistische Kandidatur wichtig, insbesondere wenn als einzige angebliche Alternative die teils faschistische AfD winkt. Die DKP steht in der Tradition jener politischen Kräfte, die ohne wenn und aber die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Sie tut dies nicht symbolisch, esoterisch oder identitätsgeleitet, sondern wissenschaftlich begründet. Wenn wir »Sozialismus« sagen, meinen wir nicht angebliche Enteignungen, die dann hinterrücks doch gegen großzügige Entschädigungen laufen, sondern den Kampf für konkrete Verbesserungen für die Bevölkerung.

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Berlin wird seit Jahren »linksgrün« regiert. Nicht trotzdem, sondern gerade weil das so ist, fehlen bezahlbare Wohnungen; die S-Bahn soll privatisiert werden, etliche Schulen sind es bereits ebenso wie viele Krankenhäuser, in denen der Pflegenotstand herrscht. Allgemein findet eine Umverteilung von Unten nach Oben statt. Diesen Trend möchten wir stoppen. Den Profiteuren gehört das Geld genommen, um alle lebensnotwendigen Leistungen kommunal zu organisieren. Vor allem braucht es einen umfangreichen kommunalen Wohnungsbau sowie ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Wir sind politische Parias – antikommunistische Propaganda bzw. Totschweigen zeigen Wirkung. Wir sind die einzige Kraft, die an die positiven Errungenschaften der DDR erinnert und daran praktisch anknüpfen möchte. Wir sind die einzige konsequente Friedenskraft, die Kriegsvorbereitungen der NATO-Staaten anprangert, vor allem die Hetze gegen Russland und China. Wir nehmen den Klassenstandpunkt in sämtlichen aktuellen politischen Geschehnissen ein. Wahlen sind eine gute Möglichkeit, unsere Stimme sichtbar werden zu lassen. Uns gibt es noch!



Stefan Natke

Beruf: **Zimmerer**
Alter: **63**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

Um den Berlinerinnen und Berlinern eine Alternative zu Senatsentscheidungen zu bieten, die einzig und allein der Logik der Profitmaximierung folgen. Die Interessen der breiten Bevölkerung bleiben dabei außen vor.

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Eine radikale Umkehr der Wohnungspolitik. Nötig ist ein vollfinanzierter kommunaler Wohnungsbau mit Baukollektiven in öffentlicher Hand, keine Privatfirmen die sich daran gesundstoßen wollen. Dann sind bezahlbare Mieten für alle möglich. Die Stadt Wien hat's vorgemacht.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Keineswegs. Nimmt man die Programme der Parteien ernst und macht sie zur Richtschnur für die Wahlentscheidung, dann müssten wir eigentlich stärkste politische Kraft in Berlin werden, weil wir die objektiven Interessen der breiten Bevölkerung vertreten.



Christine Büchner

Beruf: **Ingenieurin im Bereich Umwelttechnik**
Alter: **35**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

Ich stehe für Friedenspolitik statt Kriegstreiberei. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und nicht trotz einer 40-Stunden-Woche auf Zuzahlungen vom Amt angewiesen sein. Im Wahlkampf sollten wir den Berlinerinnen und Berlinern klarmachen, besser nicht den Parteien glauben zu schenken, die vor Wahlen alles mögliche versprechen, dann aber doch Politik für die Konzerne machen.

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Wir brauchen einen kommunalen Wohnungsbau und eine Politik, die es allen Menschen ermöglicht, in dieser Stadt eine Wohnung zu mieten. Wir brauchen eine langfristige Stadtplanung, die den Nahverkehr fördert, die Kieze nach den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und nicht nur den Ausbau von Straßen für den Autoverkehr zum Ziel hat.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Nein, denn die DKP steht konsequent gegen Krieg und Faschismus, sie kämpft für eine Gesellschaft, in der die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profiteure von Kapitalgesellschaften.



Toni Püschel

Beruf: **Grafiker**
Alter: **39**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

Einer unserer Wahlslogans lautet: Die Krise heißt Kapitalismus. Es wird immer offensichtlicher, dass dieses System nicht funktioniert. Doch die bloße Erkenntnis reicht nicht, davon wird sich nichts verändern

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Kommunisten im Abgeordnetenhaus, alle anderen machen Murks und jene, die sich links nennen, schon lange keine linke Politik mehr.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Nein, denn offensichtlich gehen wir den Herrschenden auf die Nerven, stören ihre Agenda. Das zeigte zuletzt der (gescheiterte) Versuch des Bundeswahlleiters, unsere Partei per kaltem Verbot von den Wahlen auszuschließen.



Florian Blume

Beruf: **Wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Alter: **29**

1) Warum kandidierst Du für die Wahl zum Abgeordnetenhaus?

Weil die Jugend am stärksten unter den explodierenden Mietkosten und dem Ausbildungsmangel, aber auch unter der Zerstörung der Umwelt leidet. Die Jugend braucht Stimme und Vertretung in den Parlamenten, die Druck aufbauen, eine Vertretung, die zugleich mit ihnen auch auf der Straße und im Betrieb kämpft.

2) Welche Veränderungen benötigt Berlin am dringlichsten?

Eines der dringlichsten Probleme ist die Wohnungsnot. Nur eine demokratische Wohnungsverwaltung und ein demokratischer Wohnungsbau können dieses Problem lösen. Wir brauchen ein Recht auf Wohnen. Räumungen müssen ausnahmslos gestoppt werden, egal ob es sich um Jugendzentren handelt oder um Leute, die ihre Miete nicht zahlen können. Es braucht zudem ein Recht auf einen Ausbildungsplatz mit Übernahmegarantie. Der Öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut und zugleich günstiger werden, die Berliner S-Bahn darf nicht zerschlagen werden.

3) Steht die DKP nicht auf verlorenem Posten?

Die »etablierten« Parteien machen keine Politik im Sinne des Großteils der Bevölkerung, das gilt auch für Die Linke im Berliner Senat. Es ist Zeit für wirkliche Veränderungen, das geht nur mit einer kommunistischen Partei, die konsequent für die Interessen der Lohnabhängigen kämpft.

Ursprünglich wollten wir mit dir über die Standpunkte der Partei angesichts der bevorstehenden Wahlen sprechen, doch dann kam der Beschluss des Bundeswahlausschusses, wonach die DKP aufgrund nicht bzw. zu spät eingereichter Rechenschaftsberichte nicht zu den Bundestagswahlen zugelassen wird. Diese Entscheidung hat uns alle ziemlich überrascht, oder?

Ja, das war nicht vorhersehbar. Doch das einzige, was ich mir politisch vorwerfe, ist die fälschliche Annahme, dass der Gegner uns nicht ernst nimmt.

In der betreffenden Sitzung des Ausschusses sagte der Bundeswahlleiter Georg Thiel, er habe die DKP mehrfach auf die einzuhaltenden Fristen bei der Abgabe der Rechenschaftsberichte hingewiesen. Wer guten Glaubens ist, konnte annehmen, der Mann hat sauber gearbeitet und zu recht so entschieden.

Das ist eine belegbare Lüge. Wir haben explizit nachgefragt, ob bei der Rechenschaftslegung noch Unklarheiten bestehen. Der Bundeswahlleiter hat darauf keine Antwort gegeben, sondern uns an das Bundestagspräsidium verwiesen. Von dort kam auch keine Antwort. Ansonsten hat uns der Bundeswahlleiter brieflich bestätigt, dass die Wahlkandidatur korrekt angezeigt sei. Es gibt nicht einen Brief, der einen Hinweis darauf enthält, dass etwas nicht in Ordnung gewesen sein könnte.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun die Entscheidung des Bundeswahlleiters recht eindeutig zurückgewiesen. Ein Sieg für die Demokratie? Oder anders gefragt: Auf das Bundesverfassungsgericht ist also Verlass? Kommunisten haben von den Karlsruher Richtern nichts zu befürchten?

Ein Sieg für die Demokratie ist das schon. Trotzdem sollte der Entscheid nicht zu Illusionen in die Justiz führen. Im kapitalistischen Klassenstaat haben die Gerichte eine Art Doppelcharakter. Sie sollen Auswüchse der Machtausübung verhindern, die für die Machtverhältnisse selbst kontraproduktiv werden könnten, aber zugleich diese Verhältnisse direkt verteidigen. Beim Spruch des Verfassungsgerichts kam stärker ersteres zum Tragen.

Hat der Bundeswahlausschuss einfach gepennt oder steckte Kalkül dahinter, die DKP mal eben auf diesem Wege aus dem Verkehr zu ziehen?

Das war sicherlich ein bewusster Versuch. Wir wissen mittlerweile, dass es eine Verständigung zwischen dem entsprechenden Referat des Bundestags und dem Bundeswahlleiter gab. Da wurde quasi abgesprochen, uns den Parteienstatus zu entziehen. Bekannt ist, dass es in der Bundestagsverwaltung Bestrebungen gibt, die Novellierung des Parteiengesetzes, auf deren Grundlage der Bundeswahlausschuss operiert hat, wieder zurückzunehmen. Man stand deshalb offenbar unter Zeitdruck und wollte es mit dieser Rechtsbeugung probieren.

Es fällt auf, dass der Staat immer häufiger auf ideologische Begründungen verzichtet, wenn es darum geht, seinen Gegnern Steine in den Weg zu legen. Zu Zeiten des Kalten Kriegs hieß es noch: »die wehrhafte

Über den Versuch, die DKP auf bürokratischem Wege auszuschalten, und über die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Ein Gespräch mit Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

»In Berlin gibt es eine besondere Zuspitzung der sozialen Frage«



Demokratie gegen die Feinde der Freiheit«.

Ja, diese Tendenz ist erkennbar. Attac, der VVN und anderen sollte mit finanz- und steuerrechtlichen Mitteln die Fortexistenz erschwert werden, die Betätigungsmöglichkeiten der *jungen Welt* sollen mit dem Verfassungsschutzprüfsiegel »gesichert extremistisch« weiter eingeschränkt werden. In unserem aktuellen Bildungsmaterial sprechen wir von »reaktionärem Staatsumbau«. Die angewandten Methoden sind aus einleuchtenden Gründen derzeit nicht Terror und Gefängnis, sondern bürokratische Attacken, um politische Strukturen zu zerschlagen. Die jetzt zur Anwendung kommenden Methoden binden Kräfte bis hin zur Linkspartei. Dort heißt es dann: »Ihr habt doch auch Fehler gemacht.« Diese Leute wollen nicht begreifen, welche politischen Dimensionen die ganze Sache hat.

Für den Beschluss, die DKP nicht zu den Wahlen zuzulassen, hat auch eine Vertreterin der Linkspartei gestimmt. Gleichgültigkeit, Schlüfrigkeit oder ebenfalls politisches Kalkül?

Ich hoffe, und das hat man uns gegenüber auch ausdrücklich gesagt, dass dem kein politisches Kalkül zugrunde lag. Das Problem ist eher, dass die Tendenz, im parlamentarischen Spiel mitmachen zu wollen, dazu führt, dass man den Empfehlungen, die so ein Bundeswahlleiter ausspricht, glaubt. Wohl auch, um zu signalisieren, dass man sich nett und botmäßig verhält. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Solidarität von Teilen der Linkspartei erfahren. Deren Parteivorstand hat den Angriff auf die DKP inzwischen kritisiert, allerdings kaum mit politischen Argumenten.

Kommen wir zum ursprünglichen Thema, den Abgeordnetenhauswahlen. Wie schätzt du die politische

Lage in Berlin ein – auch mit Blick auf die Lage in der gesamten Republik? Warum ist es wichtig, dass die DKP zu den Wahlen in Berlin antritt?

Was die Gesamtlage angeht, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der deutsche Imperialismus mit gesteigerter Aggressivität auftritt und dabei Teil der ebenso aggressiven NATO-Strategie ist. Das kulminiert derzeit in einer bisher unbekanntenen Offensivpolitik gegenüber der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Im Innern erleben wir eine gesteigerte Repression. Im Windschatten der Pandemie erfolgt eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben und ein Schub beim Abbau der demokratischen Rechte. Das sind momentan die maßgeblichen Charakteristika. Da ist Berlin keine Ausnahme. Trotz einer auf dem Papier fortschrittlicher daherkommenden Regierung stellen wir, von wenigen kosmetischen Maßnahmen abgesehen, eine konsequente Umsetzung der eben skizzierten Politik auch auf Landesebene fest. Es gibt Nuancen, aber einen qualitativen Unterschied der Berliner Landespolitik zur Linie der Bundespolitik kann ich nicht ausmachen. Gleichzeitig spitzen sich die Widersprüche auf einigen Ebenen in Berlin besonders zu, zum Beispiel in der Wohnungsfrage. Die Mietenexplosion, die Verdrängungsprozesse haben eine dramatische Lage geschaffen. Dafür sorgt, salopp gesagt, der Hauptstadtbonus. Was also die soziale Frage angeht, müssen wir in Berlin von einer besonderen Zuspitzung sprechen. Tja, und außer der DKP gibt es nun mal keine Partei, die angesichts dieser Situation grundsätzliche Fragen aufwirft. Deshalb ist es nicht nur richtig, sondern schlicht notwendig, dass die DKP in dieser Stadt kandidiert.

Doch scheint die kleine Partei auf verlorenem Posten zu stehen ...

Es geht mir nicht um die Chancen

eines Wahlerfolgs. Die Frage ist vielmehr, ob man dem Klassenkampf von oben weiterhin schlafmützig begegnet oder ihn mit einem Klassenkampf von unten beantwortet. Das macht das Wesen der DKP-Kandidatur aus.

Die Wohnungsfrage, du hast es angesprochen, steht im Mittelpunkt der Kämpfe. Wie bewertest du vor diesem Hintergrund die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«, über die per Referendum abgestimmt werden soll?

Sicher, diese Kampagne besitzt einen gewissen Charme, weil mit ihr die Eigentumsfrage gestellt wird. Doch das Problem besteht darin, dass Enteignung so verstanden wird, den Monopolen ihr Eigentum abzukaufen. Das war auch immer der Haken bei anderen Fällen der Rekommunialisierung. Da verschafft man dann den privaten Eigentümern noch eine goldene Nase. Das wird in der Bewegung viel zu wenig diskutiert. Diese Monopole haben über Jahrzehnte den Menschen Profite noch und nöcher abgepresst, und deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, ihnen auch noch Entschädigungen zu gewähren. So lange Enteignung de facto einen Rückkauf bedeutet, halte ich das für eine zwiespältige Angelegenheit.

Wie aber lautet dann die Empfehlung der DKP bei der Volksabstimmung? Enthaltung?

Nein, Quatsch, Enthaltung wäre völlig falsch. Wir empfehlen natürlich, mit Ja zu stimmen. Ein Erfolg beim Volksentscheid wirkt mobilisierend auf all jene, die eine tatsächliche Enteignung wollen. Ein Erfolg legte die Grundlage, um weiter für eine tatsächliche Enteignung zu kämpfen. Mit einer symbolischen Entschädigung von einem Euro könnten wir leben – das wäre dann das Gegenstück zur Enteignung des Volks der DDR durch die Treuhänder.

Kommunisten wählen

Die Spitzenkandidaten der DKP Berlin zu den Bundestagswahlen



... geboren 1941, war stellvertretender Generalstaatsanwalt in der DDR und ist Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. (GRH).

»Seit Mitte der 1970er Jahre bin ich aktiv dabei beim Kampf in der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Krieg. Diesen Kampf können wir nur gewinnen, wenn wir Aggressor und Angegriffene benennen und auf dieser Basis alle Kraft für die Bildung einer breiten Friedensbewegung einsetzen. Deshalb bin ich sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Berliner Friedenskoordination aktiv für unsere Forderungen: Frieden mit Russland und China! Raus aus der NATO!«



... geboren 1942, seit 1974 Kommunistin, zunächst in der SEW, später dann in der DKP, wirkt seit Jahrzehnten in der Berliner Friedenskoordination mit.

»Was sucht eine Fregatte der Bundesmarine im Südchinesischen Meer? Was suchen Bundeswehrsoldaten in NATO-Manövern an der Grenze zu Russland? Was sucht die Bundeswehr in Einsätzen im Ausland? Zwingen wir die Bundesregierung, endlich ihre aggressive Außen- und Sicherheitspolitik und ihre Aufrüstungspolitik zu beenden, das Völkerrecht zu achten und Diplomatie und Entspannungspolitik zu betreiben – das ist das Gebot der Stunde.«

ANZEIGE



Schluss mit dem Ausverkauf!

Auszüge aus dem Programm der DKP Berlin zur Abgeordnetenhauswahl

Krise und Pandemie haben eindrücklich gezeigt, wer in solchen Situationen die Zechen bei uns zahlt: Es sind die arbeitenden Menschen, die Lohnabhängigen, die kleinen Gewerbetreibenden, die Soloselbständigen. Für zehntausende Berlinerinnen und Berliner bedeutet die Krise Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Insolvenz. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen in Berlin sind im vergangenen Jahr um 35 Prozent gestiegen, unter Jugendlichen und unter Menschen mit Migrationshintergrund sogar um 40 Prozent. Viele kleine Läden, Restaurants und Kneipen werden auch nach den Lockdowns für immer geschlossen bleiben. Vielen Menschen geht vor dem Ende des Monats das Geld aus. Bereits seit Jahren sind in Berlin mehr Menschen von Armut betroffen als in den meisten anderen Bundesländern.

Für andere bedeutet Corona mehr Arbeit, Stress und entgrenzte Arbeitszeiten. Sie drängen sich auf dem Weg zum Betrieb in vollen Bahnen oder arbeiten zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten im Home-Office. Unzählige Eltern müssen sich immer wieder darum kümmern, ihren Kindern zu Hause den Schulstoff zu vermitteln.

Bei der Pandemiebekämpfung wurde strikt unterschieden zwischen Arbeits- und Privatbereich. Während der Staat fast alle Vorsichtsmaßnahmen dem einzelnen Bürger verordnete, wurden die Unternehmen allenfalls höflich gebeten. Die Risiken im Arbeitsbereich wurden gar nicht erst untersucht. Profite anzutasten, ist tabu.

Die Wirkung der »Schuldenbremse«, die Kommunen dazu zwingen soll, den Öffentlichen Dienst herunterzufahren und Bereiche der Daseinsvorsorge zu privatisieren, zeigte sich besonders schmerzhaft im Gesundheitswesen. Gesundheitsämter waren schlecht ausgerüstet und völlig überfordert. Für die Beschäftigten im Gesundheitswesen stieg die Belastung über alle Maßen an, insbesondere bei Vivantes und der Charité, die zu den größten Betrieben Berlins gehören. Denn selbst kommunale bzw. öffentlich-rechtlich geführte Krankenhäuser sind angehalten, Gewinne zu »produzieren«.

Dagegen fordert die DKP: Schluss mit dem Ausverkauf!

Wir sagen: Wir zahlen nicht für ihre Krise!

Keine Rendite mit der Miete - Wohnen ist ein Menschenrecht!

Der »Berliner Mietendeckel« war ein schwaches Instrument, weil er den explosionsartigen Anstieg der Kosten für Wohnraum nur vorläufig hätte dämpfen können. Schon lange bevor die Gerichte ihn kippten, hatten Vertreter aus SPD, Linkspartei und Grünen klar gemacht: Verlängert werden sollte er ohnehin nicht. Dass die Justiz dieser Maßnahme die Rechtmäßigkeit abgesprochen hat, zeigt deutlich den Zweck des kapitalistisch organisierten Wohnungswesens. Wohnraum ist Ware; es geht ausschließlich um die Erwirtschaftung von Profiten. Sogar in der Pandemie und trotz des kurzlebigen Mietendeckels konnten die Immobilienkonzerne ihre Gewinne fast ungeschmälert einfahren. Nun werden sie die aus-

gesetzten Mietsteigerungen und »Fehlbeträge« aus abgesenkten Mieten noch zusätzlich kasieren.

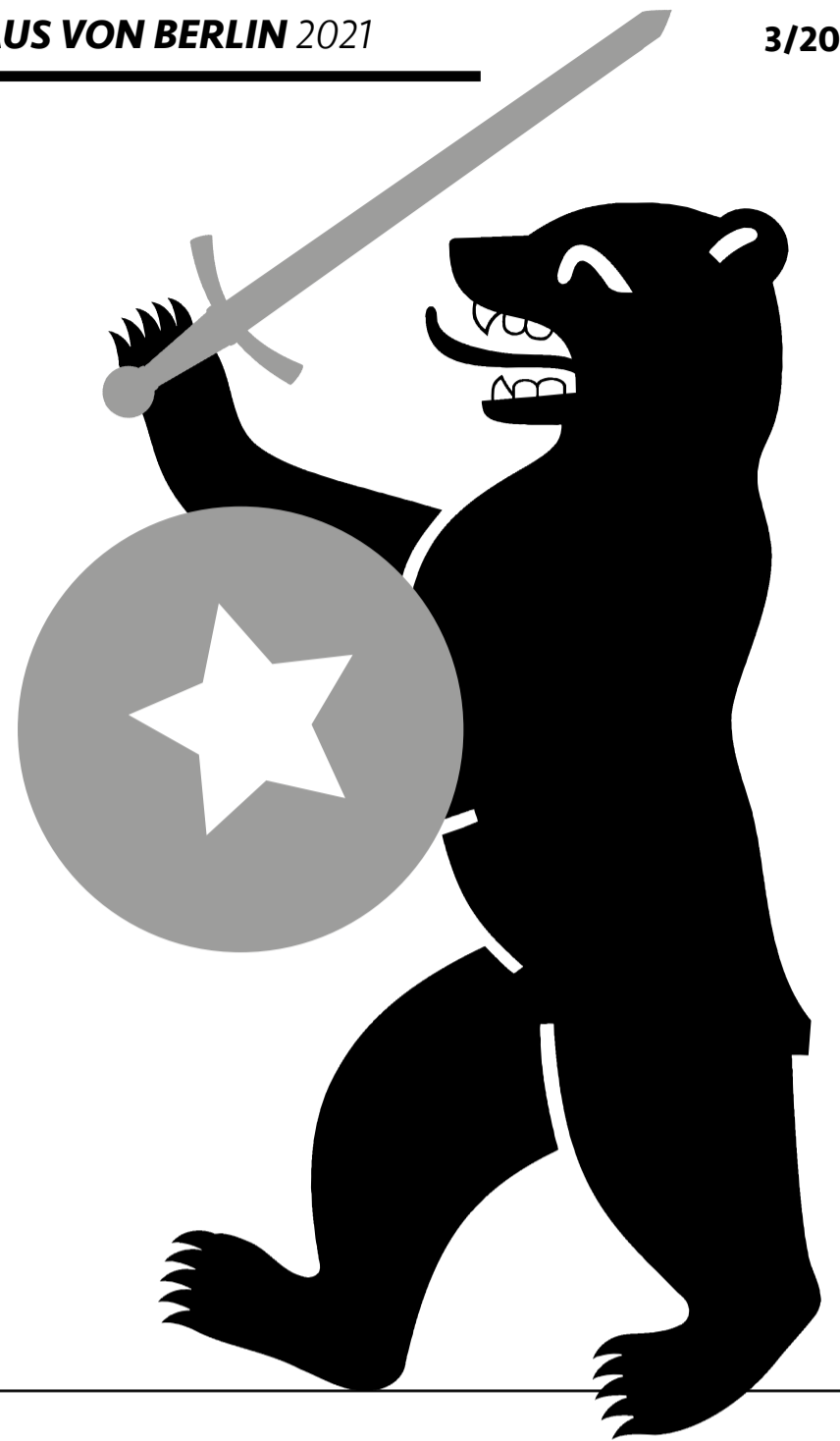
Doch trotzdem hat für die Parteien im Abgeordnetenhaus Vorrang, dass privat oder von Kapitalgesellschaften finanzierte Wohnungen hochgezogen werden, um sich mit angeblichen Erfolgen im Wohnungsbau zu schmücken. Die Zahlen fertiggestellter Wohnungen hinken dabei den verkündeten Zielen hoffnungslos hinterher. Das Ergebnis sind neben der weiteren Verdichtung bereits existierender Wohngebiete vor allem Eigentumswohnungen, »Townhouses« für Reiche und Neubaumieten um 25 Euro pro Quadratmeter. Solche einzig am Profit ausgerichteten Mietpreise sind für normale Menschen unbezahlbar. Währenddessen werden diejenigen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, immer mehr. Tausende werden jedes Jahr zwangsgeräumt und auf die Straße geworfen. In der Zeit des ersten »Corona-Lockdowns« war diese Praxis kurzzeitig ausgesetzt, doch jetzt wird dieses brutale Vorgehen fortgesetzt.

Eine Überwindung der Wohnungsnot und der übersteuerten Mieten ist nur durch eine Politik gegen die Macht der Großkonzerne zu erreichen, eine Politik, die mit der Profitmachelei Schluss macht. Die Bevölkerungsmehrheit unserer Stadt braucht viele neue, gute und bezahlbare Mietwohnungen. Das wird nur möglich durch eine große stadtplanerische Bauinitiative des Senats für kommunale Wohnungen auf öffentlichem Grund und Boden.

Die Wohnhäuser sowie der Grund und Boden gehören in öffentliche Hand, und Steuergeld hierfür auszugeben ist allemal sinnvoller, als es privaten Investoren wie Deutsche Wohnen, Vonovia oder Akelius hinterherzuwerfen. Große Immobilienunternehmen und private Grundstücksspekulanten müssen enteignet werden – ohne Entschädigung! Aus der Enteignungsdebatte darf keine »Entschädigungsdebatte« werden. Sollten bürgerliche Gerichte in die Situation kommen, Entschädigungssummen festlegen zu müssen, droht wie beim Mietendeckel einmal mehr der goldene Handschlag für Immobilienkonzerne und Spekulanten. Die »Entschädigungssumme« wäre nichts anderes als ein hoher Kaufpreis – Business as Usual und kein qualitativer Unterschied zur bereits bestehenden teuren Rückkaufpraxis des Senats. Die Schlange der Wohnungssuchenden wird dadurch nicht kleiner, die Vermögen der Immobilienkonzerne dagegen größer. Letztere sparen sich nämlich auch noch die Sanierung jener Immobilien, die sie vor Jahren zum Spottpreis in gutem Zustand kauften, aus denen sie jahrelang Profite mit der Miete sowie vernachlässigter Instandhaltung zogen und die nun in den meisten Fällen sanierungsbedürftig sind.

Berlins Arbeitersiedlungen aus den 1920er Jahren zeigen, dass auch im Kapitalismus preiswerter und guter Wohnraum geschaffen werden kann. Der Bau durch öffentliche Träger wurde damals aus Steuergeldern der Banken und Konzerne finanziert.

In der DDR war das Wohnungswesen staatlich, genossenschaftlich und auch privat – vor allem gab es aber keine Bodenspekulation. Das Grundrecht auf Wohnen stand nicht nur in der Verfassung, sondern wurde auch realisiert – es gab keine Obdachlosigkeit. Binnen weniger Jahre entstanden ganze Stadtteile wie Marzahn. Die Mietpreise in den Neubauwohnungen waren niedrig. Berlin hat gezeigt, dass Wohnen anders geht – im Kapitalismus und erst recht im Sozialismus.



Wir Kommunisten fordern folgende unmittelbare Maßnahmen:

- **Ein kommunales Wohnungsbauprogramm mit jährlich 30.000 neuen und guten Wohnungen, die dem Bedarf der Bewohner entsprechen!**
- **Den raschen Ausbau des öffentlichen Bodenfonds in Verbindung mit einer stärkeren Baulandmobilisierung. Hierfür auch Enteignung von Brachflächen und anderen Spekulationsobjekten.**
- **Verbot der Umwidmung und Zweckentfremdung von Wohnungen, unabhängig von der Eigentumsform. Verbot von Eigenbedarfskündigungen und Zwangsräumungen!**
- **Schaffung einer staatlichen Wohnraumvermittlung, die notfalls einen Wohnungseigentümer zur Vermietung und zur Aufnahme bestimmter Mieter zwingen kann.**
- **Enteignung ohne Entschädigung – keinen Cent für Deutsche Wohnen und Co!**
- **Festlegung einer niedrigen allgemein verbindlichen Mietobergrenze.**
- **Ein wirksames Mitspracherecht von Mieter- und Beschäftigtenvertretungen in allen kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen.**

- **Ein bedingungsloses Wohnrecht für alle in der Stadt lebenden Menschen!**

Für eine nachhaltig ökologische Verkehrspolitik

Mobilität ist ein Grundrecht für alles. Das kann nur durch ein dicht ausgebautes, bezahlbares öffentliches Verkehrsangebot garantiert werden. Gerade in der Pandemie wurde deutlich, welche Bedeutung der öffentliche Nahverkehr für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner hat. Eine nachhaltige Verkehrswende erfordert den weiteren Ausbau des Verkehrsnetzes bis ins Umland, kurze Wege durch wohnortnahe Infrastruktur und Arbeitsplätze und parallel dazu eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Dazu gehört außerdem der Ausbau von barrierefreien und attraktiven Gehwegen, Überquerungshilfen und von Anlagen für den Radverkehr.

Die Fahrpreise in Berlin für Bus, Straßenbahn, S-Bahn, U-Bahn und die Bahn ins Umland gehören zu den höchsten in Deutschland. Auch das verschärft die Lage der sozial Benachteiligten. Öffentlicher Nahverkehr darf nicht unter der Vorgabe, Rendite zu erwirtschaften, betrieben werden. Öffentlicher Nahverkehr, das ist öffentliche Daseinsvorsorge – für die Menschen und nicht für den Profit!

- **Die DKP steht für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als vorrangige Verkehrsmittel in Berlin. Hierzu sind stillgelegte Strecken zu reaktivieren und das Straßenbahnnetz auf Westberlin auszuweiten.**
- **Ausschreibungen von Verkehrsleistungen bedeuten Lohndumping, Verschlechterung des Angebots und verursachen höhere Kosten. Diese Aussichten bestehen auch für die S-Bahn in Berlin, die ihr der »rot-rot-grüne« Senat zugedacht hat. Die DKP**

fordert dagegen den Erhalt einer einheitlichen Berliner S-Bahn und den Abbruch der Ausschreibung von S-Bahn-Strecken. Das Land Berlin soll sich für die Umwandlung der Deutschen Bahn AG in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen einsetzen.

- **Die DKP Berlin fordert eine drastische Reduzierung der Preise des ÖPNV und strebt die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs durch die Berlinerinnen und Berliner an.**
- **Die Pandemie hat gezeigt: Es sind zu wenig Züge im Einsatz. Kürzere Taktzeiten sind erforderlich, um in weniger vollen Zügen auch das Fahren angenehmer und sicherer zu machen.**
- **Es gilt den gesamten Umweltverbund zu fördern, sodass möglichst viele Wege durch umweltverträgliche Verkehrsmittel zurückgelegt werden können – neben dem ÖPNV insbesondere der Fahrrad- und Fußverkehr.**
- **Der Autobahnbau in Berlin und damit die weitere Stadtzerstörung muss definitiv beendet werden.**

Die notwendigen tiefen und umfassenden Maßnahmen im Verkehrswesen sind auch ein wirksamer Schritt hin zu einer ökologischen Verkehrspolitik. Sie schaffen die Voraussetzungen und geben positive Anreize, vom eigenen Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.

Sie führen zur Reduzierung des Ausstoßes von Schadstoffen und tragen damit sowohl zur Gesundheit der Menschen als auch zum Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimaerwärmung bei.

Gesundheit als Ware – das ist doch krank!

Die Gesundheit ist für alle von existenzieller Bedeutung. Gesundheit zur Ware zu machen und sie damit der Privatisierung und Gewinnmaximierung zu unterwerfen, trifft vor allem die Lohnabhängigen. Die Corona-Pandemie hat bestehende Probleme weiter verschärft. Aber auch vor der Pandemie sind die Bundesländer ihren Verpflichtungen zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser nur ungenügend nachgekommen. Auch vor der Krise gab es in den Krankenhäusern zu wenig Personal,

waren die Löhne zu niedrig und die Arbeitsbelastung zu hoch. Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten der Charité und der anderen Berliner Kliniken für Entlastung und gegen Outsourcing von Leistungen.

Ein Beispiel: Der Krankenhauskonzern Vivantes mit seinen über 17.000 Beschäftigten. Vor der Konzerngründung im Jahr 2001 waren die Beschäftigten Angestellte im öffentlichen Dienst und hatten verhältnismäßig gute Arbeitsbedingungen. Dadurch konnten sie für die Patienten eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sichern. Doch die damalige von der SPD angeführte Regierung folgte dem Druck der Monopole, auch die Krankenhäuser der Kapitalverwertung zu unterwerfen, und machte aus den städtischen Krankenhäusern Vivantes als eine zwar landeseigene, aber eben doch profitorientierte GmbH. Seitdem geht es mit den Arbeitsbedingungen und Löhnen der Beschäftigten sowie mit der Qualität der Dienstleistungen bergab. Jahrelang wurden die Investitionskosten der Krankenhäuser trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht vom Senat gedeckt. Diese mussten dafür stattdessen Teile der eigentlich für die Patientenpflege vorgesehenen Fallpauschalen in Anspruch nehmen – was zu sinkenden medizinischen Standards führte. Zusätzlicher Druck, die Löhne und andere Ausgaben zu senken, entsteht durch die Schuldenbremse, in deren Folge die Bundesländer ausgeglichene Haushalte aufweisen müssen. Zudem hat der »rot-rot-grüne« Senat Krankenhausschließungen beschlossen – eine Kostensenkungsstrategie, bei der der SPD-Politiker Karl Lauterbach ganz vorne mit dabei war. Ein aktueller Fall des Zurückfahrens von wohnortnaher Gesundheitsversorgung: die Verlagerung eines bedeutenden Teils des Wenckebach-Klinikums von Tempelhof nach Schöneberg.

Unsere Gesundheit darf nicht der Profitlogik ausgesetzt und als Ware behandelt werden. Wir streben eine am Gemeinwohl orientierte hochwertige öffentliche Gesundheitsinfrastruktur an, die zudem für alle gut erreichbar sein muss. Hierfür können die Erfahrungen des Gesundheitssystems der sozialistischen DDR genutzt werden, das aufgrund des geringen Sozialbeitrages für alle kostenlos war.

Deshalb fordern wir:

- **Bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich. Alle Krankenhausbeschäftigten erhalten außerdem einen Pandemie-Zuschlag.**
- **Mehr Personal, um die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu verringern und die Qualität der Behandlungen für die Patienten zu erhöhen.**

- **Weg mit den Fallpauschalen! Für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser und des Personals!**
- **Alle Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand! Schluss mit Krankenhausschließungen! Schluss mit Privatisierungen, Ausgliederungen und Konsolidierungen zu Lasten der Beschäftigten und Patienten!**

Für ein hochwertiges und soziales Bildungswesen – Schüler, Studierende und Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen

Die Schülerinnen und Schüler sind spätestens ab der 6. Klasse im Hinblick auf den Wechsel an eine Oberschule durchgehend bis zum Schulabschluss einem erdrückenden und unproduktiven Wettbewerb unterworfen, der ihrer Persönlichkeitsentwicklung und ihrer Gesundheit schadet. Diese Folgeerscheinung der kapitalistischen Konkurrenz trifft insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Hinzu kommt: Gerade in ihren Kiezen stehen die am weitesten verfallenen, aufgrund von Teilsperren überbelegten Schulgebäude, in denen die materiellen Voraussetzungen für kind- und jugendgerechte Freizeitangebote im Ganztagsbetrieb nicht vorhanden sind. Der Widerspruch zwischen Arm und Reich trifft die Kinder der am schlechtesten bezahlten sowie der erwerbslosen Arbeitenden mit voller Wucht.

Zugleich forcieren die Herrschenden eine Verschulung der Universität. Damit verfolgen sie das Ziel, den Anteil der kurzfristig wirtschaftlich verwertbaren Forschung und Lehre zu maximieren. Eine kritische Wissenschaft dagegen, die der ganzen Gesellschaft – und nicht nur den Konzernen – dient, bleibt dabei auf der Strecke, ebenso die Studierenden.

Seit zwanzig Jahren haben die verschiedenen Berliner Landesregierungen – stets mit der SPD an der Spitze – die Mittel für einen kindgerechten Schulbetrieb genauso wie für einen hochwertigen akademischen Betrieb untergraben. Beispiel: Sie zogen die angebliche Sanierung der Staatsfinanzen der notwendigen Erhaltung der Schulgebäude vor. Dies um den Preis von Infrastrukturschäden in Milliardenhöhe. Im Endeffekt sind die Kosten für die aufgeschobenen Reparaturen viel höher. Mit der von ihnen selbst eingeführten »Schuldenbremse« als Begründung will der Senat für viele Schulen Bau- oder Sanierungsverträge im Privatrecht abschließen – die dann zu Horrorpreisen gemietet werden sollen, mit Verträgen von über 30 Jahren Dauer!

Die fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat wie bei den Lehrkräften auch bei Erzieherinnen und Erziehern zu einem dramatischen Personalmangel in Horten und Kitas geführt.

Immer weniger Zeit für die Kinder, Mehrarbeit durch die Einarbeitung von nicht voll qualifiziertem Personal und stressbedingte Berufskrankheiten sind die Folge. Um die Arbeit in der frühkindlichen Bildung und Erziehung attraktiver zu machen, müssen die Gehälter der unteren Gehaltsgruppen erheblich steigen. Wertschätzung der Arbeit muss auf dem Gehaltskonto sichtbar sein! An den Universitäten sieht die Lage, etwa bei Akademikern ohne Lehrstuhl, ähnlich schlecht aus: Prekäre Arbeitsverhältnisse, also Teilzeit- und befristete Stellen sind die Norm.

Daher fordern wir:

- **Eine durchgehende staatliche Gemeinschaftsschule mit 13 Schuljahren zum Abitur.**
- **Die Überführung von Privatschulen und Gymnasien in nichtselektive Schulformen, die allen Kindern offenstehen.**
- **Schluss mit der Deckelung der Bildungsausgaben in den Bezirks Haushalten.**
- **Aufhebung des Rahmenvertrages mit der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE zum Bau neuer Oberschulen nach Privatrecht. Stattdessen soll ein staatliches Amt für Schulbau gegründet werden mit der Aufgabe, eine Schulbauoffensive mit Bauzeiten von maximal zwei Jahren pro Schule zu starten.**
- **Der Berliner Senat muss sich dafür einsetzen, dass Akademiker ohne Lehrstuhl sichere, gut entlohnte und familienfreundliche Arbeitsbedingungen bekommen.**
- **Die Verschulung der universitären Lehre muss rückgängig gemacht, dem kritischen Geist der Lehrkräfte sowie der Studierenden muss genügend Freiraum gelassen werden.**

ANZEIGEN

rotes-berlin.de/shop

Leeren der Revolution Basis-Spiel | 15 €
Erweiterung „Dong Fang Hong“ | 5 €

Marcel Kunzmann: Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China
Buch, 126 Seiten | 9,90 €

Xi Jinping Werke
Hardcover | je 24 €

Vermummungsutensil „Wuhan“
verschiedene Motive | 9 €

Hammer & Sichel Geschenkpapier
DIN A2 | 1 €

„Good News from Cuba/China“
T-Shirts | 15 €
Hoodie | 25 €

Jetzt wieder XS – XXXXL!



**KOMMUNISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN
JETZT ERST RECHT - DKP WÄHLEN!** dkp.de **DKP**
Deutsche Kommunistische Partei

DKP - Gruppen- termine

Gegen das Vergessen

Gedenkveranstaltung zum Überfall auf die Sowjetunion

Der Überfall auf die Sowjetunion war die brutalste Form der Umsetzung der aggressiven Strategie des deutschen Imperialismus zur Sicherung von Rohstoffen, der Ausbeutung von Arbeitskräften und der Errichtung von Einflussphären. Es ging nicht nur um die militärische Niederwerfung des Gegners, sondern um die Vernichtung des sozialistischen Erzfeindes. Am 19. Juni wurde an dieses Verbrechen aus Anlass des 80. Jahrestages am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park zu Berlin erinnert. Trotz des sehr heißen Wetters folgten dem Aufruf der DKP mehr als 250 Menschen. Der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Stefan Natke, eröffnete die Veranstaltung, weitere Redner und Rednerinnen waren die Bundesvorsitzende der SDAJ, Andrea Hornung, Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), und Jaroslaw Listow, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF).

Andrea Hornung beschrieb, was dazu an den Schulen gelehrt wird. Die Ursachen von Krieg und Faschismus würden verdreht oder bleiben einfach unerwähnt. Die Bundeswehr dehne ihre Suche nach neuem Kanonennahrung für die Kriege Deutschlands immer weiter aus. In den Schulen werde sie seit Jahren für den Dienst an der Waffe und verschweige die Realität des Alltags in der Truppe und die Ziele von Kriegseinsätzen.

Hans Bauer mahnte, dass wir erneut am Rande eines Krieges stehen. Er verwies auf die NATO-Manöver im Rahmen von Defender Europe 2021, bei denen 20.000 US-Soldaten durch Europa an die Westgrenze Russlands verlegt werden, und das Verschwinden von Friedenspositionen innerhalb der deutschen Parteienlandschaft. Listow dankte für die Gedenkveranstaltung und betonte, wie wichtig es in diesen Zeiten ist, an den Überfall auf die Sowjetunion zu erinnern, und den Versuchen zu widersprechen, Kommunismus und Faschismus gleichzusetzen. (tp)

Dieses System macht uns krank!

Kampagne der SDAJ Berlin

Armut, Vereinzelung, miserable Gesundheitsversorgung. Dieses System macht uns krank! So lautete denn auch der Titel einer bundesweiten Kampagne der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Der inhaltliche Schwerpunkt lag dabei auf den vielschichtigen Belastungen, die der Kapitalismus hervorbringt und die in der jetzigen Krise deutlich schwerer geworden sind.

Diese Krise hatte sich schon vor der Pandemie abgezeichnet, anders gesagt, der Kapitalismus, bringt aus sich heraus regelmäßige Krisen hervor, stürzt Menschen in Armut, vereinzelt und versorgt sie bloß mangelhaft mit seinem inzwischen auf Profit zugerichteten Gesundheitssystem. Es braucht keine Pandemie, um uns krank zu machen. Sie verschärft allerdings die Misstände, unter denen die Jugend vorher schon gelitten hat. Dies aufzuzeigen, war Ziel der Kampagne.

Auch in Berlin hat die SDAJ verschiedene Aktionen durchgeführt. Dazu gehörten ein Klassenkampf mit Schülerinnen und Schülern in Königs Wusterhausen sowie Flyeraktionen in den Berliner S- und U-Bahnen. Höhepunkt der Kampagne war gleichwohl die Kundgebung am 3. Juli vor dem Urban-Klinikum in Kreuzberg. Mit anderen kämpferischen Organisationen wurde gegen die miserablen Zustände im Gesundheitssystem protestiert und das dahinterliegende Interesse thematisiert.

Das Krankenhaus ist der Ort, an dem sich die Brutalität des kapitalistischen Systems in besonders deutlicher Weise offenbart: Als Patienten werden Arbeiterinnen und Arbeiter dort wieder so fit gemacht, dass sie im Betrieb oder auf dem Arbeitsmarkt zum Zwecke der Ausbeutung wieder funktionieren. Von ernsthafter Gesundheit kann dabei keine Rede sein. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital macht die Gesundheit zu einem Kampffeld, auf dem sich Kommunisten behaupten müssen. Oder andersherum: Wir müssen den Kampf um unsere Gesundheit als Teil des Klassenkampfes begreifen! (sdaj)

Standhaft geblieben

Zum Tod von Klaus Kubacki

Sein politisches Leben als Westberliner war eng mit den Ereignissen des Weltgeschehens in dieser Frontstadt an der Nahtstelle zweier Gesellschaftssysteme verbunden. Der Einsatz für ein Welt ohne Kriege bewegte Klaus Kubacki schon in seiner Jugend zur Teilnahme an Aktionen, so schon 1950 zu der Unterschriftensammlung zum »Stockholmer Appell« des Weltfriedensrates für ein Verbot von Atomwaffen. Die Westalliierten hatten die Sammlung verboten und unter Strafe gestellt. Klaus war trotzdem dabei. Sein Einsatz richtete sich auch gegen Armut und Ungerechtigkeit. Das war in Westberlin mit seinem stramm antikommunistischen Klima nicht einfach. 1954 wurde er Mitglied der kommunistischen Bewegung.

Klaus war Metalller. Er hatte Werkzeugmacher gelernt, war wie selbstverständlich in der IG-Metall aktiv und engagierte sich im Betrieb. Er war Mitglied der SED, die sich in den 1960er Jahren im Westteil der Stadt zur Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) umbenannte, und er war dort hauptamtlich als Kreisvorsitzender in den Bezirken Spandau und Wedding tätig. Ausdruck des da-

mals herrschenden Klimas war der 1962 von Antikommunisten verübte brutale Überfall in Neukölln auf SEW-Mitglieder, bei dem Klaus durch einen Messerstich verletzt wurde. Doch Klaus blieb standhaft.

Nach Gründung der DKP in Berlin in den 1990er Jahren war Klaus wieder mit dabei. Er wurde Mitglied des Landesvorstandes und trat bei Wahlen als Kandidat der DKP an. Die Stadtpolitik war sein Thema, und er legte mit seiner Arbeit wichtige Grundlagen für die Entwicklung stadtpolitischer Positionen der DKP in Berlin. In seiner Neuköllner Parteigruppe widmete er sich in den letzten Jahren der Berliner Geschichte der Arbeiterbewegung. Viele Veröffentlichungen wurden von Klaus ange-regt und auch selbst geschrieben.

Klaus arbeitete unermüdlich an neuen Konzepten für unsere Zeitung – forderte sehr nachdrücklich deren Umsetzung und war auch immer einer der ersten, der unseren Anstoß verteilte. Wir haben sehr viel von Klaus gelernt. Er wird uns fehlen. Mach's gut Genosse! (rp)



Friedrichshain-Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeden ersten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant« Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Cafe »Ess Eins«, Kolonnenstraße 56, 10827 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt über: treptow-koepenick@dcp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff Malplaquetstraße 12 13347 Berlin

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über: dcp-spandau@gmx.de

ANZEIGE

MARX FÜR ALLE!

3 Monate Tageszeitung junge Welt für 62 €.

Illustration entnommen Stefan Siegert: »Karl Marx geht

Endet automatisch. Jetzt bestellen unter:
jungewelt.de/marx-abo | 030/53 63 55 80

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Christoph Butterwege Ungleichheit in der Klassengesellschaft

Ungleichheit beschränkt sich nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche: Bildung, Wohnen und auch Gesundheit. »Vor dem Corona-Virus sind alle gleich«, glaubten viele. Das Gegenteil trifft zu: Kurzarbeit und Entlassungen hier, hohe Profite für Finanzinvestoren und Konzerne krisenresistenter Branchen dort.

2., aktualisierte Auflage | ISBN 978-3-89438-744-0 | 183 Seiten | € 14,90

Klaus Müller Die Rente

Der »Generationenvertrag« vor dem Aus? Die Umlagefinanzierung gescheitert? Rentenniveau runter, Rentenalter rauf? Ausbau der privaten Altersvorsorge? Klaus Müller geht dem neoliberalen Rentenumbau nach. Und er zeigt, wo und wie die Beiträge für ein solidarisches Rentensystem zu holen wären: durch eine zukunfts-feste Umverteilung.

Basiswissen | ISBN 978-3-89438-760-0 | 134 Seiten | € 9,90

